

Allgemeines Jüdisches Familienblatt

Leipziger Jüdisches Familienblatt * Leipziger Jüdische Zeitung

WOCHENBLATT FÜR DIE GESAMTEN INTERESSEN DES JUDENTUMS

Anzeigenpreise: 6gespalt. mm-Zeile 15 Pf., 3gespalt. Textzeile 60 Pf., Familienanzeigen für Abonnenten gegen Vorweisung der bezahlten Monatsquittung ermäßigte Preise. Anzeigen werden in unseren Geschäftsstellen entgegengenommen. Anzeigenschluß Dienstag abend, Anzeigengebühren von auswärts werden auf Postscheckkonto Leipzig Nr. 216 90 unter Allg. Jüd. Familienblatt erbeten. Für Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und für Platzvorschrift kann keine Gewähr geleistet werden. Bei Klagen gilt die Zuständigkeit des Amtsgerichts Leipzig als vereinbart

Verlag und Redaktion:
Allgemeines Jüdisches Familienblatt
Leipzig, Gerberstraße 48/50 — Telefon 21516
Postscheckkonto Nr. 216 90
Erscheint jeden Freitag. — Redaktionsschluß Dienstag mittag
Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt

Bezugspreise: Abonnenten werden bei allen Postämtern angenommen. Postbezug 90 Pfennige monatlich, 2,40 Mark vierteljährlich exkl. Bestellgeld. Streifenband-Bezug für Deutschland, Österreich, Saargebiet, Luxemburg, Danzig, Memelgebiet 1,20 Mark monatlich, für das übrige Ausland 1,50 Mark. Bestellungen nehmen entgegen in Leipzig: Hauptgeschäftsstelle, Gerberstr. 48/50; Buchhandlung M. W. Kaufmann, Brühl 8; M. Gonzer, Berlin N 24, Oranienburger Str. 26; M. Lauter, Chemnitz, Kasernenstr. 8; Dresdner Redaktion: Georg Joachimstal, Zöllnerplatz 11. Ruf 61 009.



In Leipzig
C 1, Peters-
straße 14
(Singerhaus)
S 3, Südstr. 26
W 31,
Zschocher-
sche Str. 24
N 22, Halli-
sche Str. 97
O 30, Eisen-
bahnstr. 84

Davis Trietsch 60 Jahre

Berlin. Am 4. Januar d. J. vollendete Davis Trietsch, der bekannte Politiker und Volkswirtschaftler, ein Pionier der modernen jüdischen Publizistik, sein 60. Lebensjahr. Geboren am 4. Jan. 1870 in Dresden, in Berlin erzogen, kam er nach jahrelangen Reisen in Europa Mitte 1893 zum erstenmal nach Neuyork, wo er bis 1899 blieb. Dort sah er sich der großen jüdischen Wanderungsfrage gegenüber, für die ihm Neuyork und Amerika nicht die beste Lösung zu bieten schienen. Auf der Suche nach einer besseren Lösung verließ er 1896 auf die Insel Zypern, ein Nachbarland Palästinas, dessen türkische Verwaltung eine jüdische Einwanderung aus humanen und wirtschaftlichen Gründen (evtl. auch als Ablenkung von England), wie er glaubte, gern gesehen hätte. Als zwei Jahre später die Zionistische Organisation entstand, vertrat er die Idee eines „größeren Palästina“ das außer dem damals der jüdischen Einwanderung verschlossenen türkischen Palästina die beiden englisch administrierten Nachbargebiete Zypern und El-Arisch (Sinai) umfassen und auf diese Weise dem Zionismus sofortige Arbeitsmöglichkeiten bieten sollte. So war Trietsch der erste, der eine englisch-jüdische Orientpolitik und -kolonisation befürwortete. Er war ein Mitglied des ersten Baseler Kongresses und fast aller späteren Kongresse. Gegen Herzl trat er in Opposition, als dieser den „Charter“ als Vorbedingung jeder kolonialisatorischen und sogar jeder nur vorbereitenden Arbeit proklamierte. Er war auch ein Gegner des Uganda-Projektes, in dem er eine Zersplitterung sah in Gegensatz zu seinem „Greater Palestine“, dessen Hauptvorzug neben der sofortigen Arbeits- und Hilfsmöglichkeit in der Konzentration der jüdischen Wanderung lag. Er spezifizierte sich auf die Fragen Palästinas in der jüdischen Kolonisation, auf die Judenfrage im weitesten Sinne, sowie auf die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse der Orientländer. Er veröffentlichte das „Palästina-Handbuch“ (9. Auflage in mehreren Sprachen), „Jüdische Emigration und Kolonisation“, „Palästina-Wirtschafts-Atlas“, „Levante-Handbuch“ (3. Auflage), „Das russische Reich in Europa und Asien“, „Atlas der jüdischen Welt“, „Palästina und die Juden, Tatsachen und Ziffern“. Er war (1900 bis 1903) Mitbegründer der Zeitschrift „Ost und West“, des jüdischen Verlags u. a. m., er begründete die Zeitschrift „Palästina“ und führte in seiner Wochenschrift „Volk und Land“ (1919) einen Kampf für rasche Einwanderung und Majoritätsbildung in Palästina. Die gegenwärtige Arbeit in Palästina beurteilt Trietsch als zu einseitig landwirtschaftlich, als zu wenig der Eigenart der Juden und des Landes angepaßt, als viel zu teuer für ein volkmäßiges Ansiedlungswerk. Nach seinen neueren Ausarbeitungen wäre die jüdische Majorität in Palästina auf geschäftsmäßiger Basis innerhalb ungefähr fünf Jahren mit einem Kostenaufwand von zirka 10 Millionen engl. Pfund durchführbar, also einem Bruchteil der tatsächlich seit dem Kriege nach Palästina geflossenen jüdischen Mittel.

Das „Jena“ der Mehrheit

Dr. Ludwig Goldwasser.

Der 23. Delegiertentag der deutschen Zionisten erhält seine außerordentliche Bedeutung durch zwei Ereignisse, die ihm seinen Platz in der Geschichte des Zionismus sichern: die Anwesenheit des verantwortlichen Leiters der zionistischen Außenpolitik, Professor Chaim Weizmann und das erstmalige Auftreten einer in sich gefestigten und erheblich erstarkten verantwortungsbewußten und verantwortungsfreudigen Opposition.

Zum ersten Male seit den blutigen Ereignissen in Palästina hatte der Führer der Bewegung Gelegenheit, seine Politik vor einem Forum zu rechtfertigen, dessen moralische Kompetenz zur Kritik auch in Fragen der Außenpolitik in der zionistischen Welt unbestritten ist. Die Frage, die sich jedem Zionisten aufdrängt, ist, wie hat er die Probe bestanden? Auch entschiedene Gegner seiner Politik werden dem Präsidenten der zionistischen Weltorganisation das Zugeständnis nicht versagen, daß seine beiden Reden Meisterwerke diplomatischer Kunst gewesen sind und daß es ihm gelungen ist, einen Ton anzuschlagen, der verwandte Saiten auch in den Herzen seiner Gegner anklingen ließ. Die Worte: „Wir kommen nach Palästina auf Grund unseres Rechts, und nichts wird uns davon abhalten. Wir suchen Mittel und Wege zur Verständigung mit den Arabern, aber wir warten ab, bis die Zeit und der Geist dafür reif sein werden. Auf einen Ersatz für das Nationalheim lassen wir uns nicht ein“, sind jedem Zionisten, gleich welcher Richtung, aus der Seele gesprochen. Wenn aus ihnen das Versprechen hergeleitet werden könnte, die künftige Politik der Jewish Agency im Sinne einer entschiedenen Betonung der in der Balfour-Deklaration und im Mandat verbrieften Rechte des jüdischen Volkes zu führen, könnte Weizmann der Zustimmung aller Parteien im Zionismus sicher sein. Leider eröffnet das Schlußwort, mit dem Weizmann die außenpolitische Debatte abschloß wenig Hoffnung auf die Erfüllung eines solchen Versprechens. Man hört aus seinen Worten das stille Eingeständnis der Unabänderlichkeit gewisser Bindungen, mit denen die Person des verantwortlichen politischen Leiters untrennbar verknüpft ist. Weizmann hat nicht mehr die freie Hand, eine Politik zu führen, wie sie seiner heutigen Einsicht entspricht. Die politische Lage des Zionismus, der mit wechselnden weltpolitischen Faktoren zu rechnen hat, macht es seinem Leiter zur Pflicht, sich den ständig wechselnden Situationen anzupassen. Da eine solche Anpassungsfähigkeit keinem ehrlichen Politiker zugemutet werden kann, erfordert die politische Zweckmäßigkeit von Zeit zu Zeit einen Führerwechsel in der politischen Leitung. Weizmann sieht auf Schritt und Tritt Hemmungen, die seine eigene, in der Ver-

gangenheit vielleicht richtige Politik der Nachgiebigkeit in den letzten zehn Jahren vor ihm aufgerichtet hat, und die er als Ehrenmann zu respektieren gezwungen ist. Er fürchtet, daß die Worte Lichtheims, und Barths, die aus dem tiefsten Innern der jüdischen Seele Forderungen erhoben, wie sie den deutschen Zionismus in seiner heroischen Zeit selbstverständlich gewesen sind, in der Welt mißverstanden werden, seine Stellung gegenüber der Mandatarmacht erschweren könnten. Eine müde Resignation klingt aus den Schlußworten: „Es war meine traurige Pflicht, viele Illusionen zu zerstören. Ich habe in den letzten sechs Wochen eine Wirklichkeit gesehen, die, wenn ich sie schildern müßte, Sie glauben machen würde, daß man ein Held sein muß, um solches zu überleben. Wir werden auch das überstehen, denn wir sind ein ewiges Volk. Das ist die Hauptsache, nicht die Formel, daß wenn es keinen Judenstaat gibt, ein jüdisches Volk in Palästina nicht mehr möglich ist.“ Das jüdische Volk, das diese Worte vernimmt, ist nicht müde und ist nicht resigniert. Es wird bei allem menschlichen Mitgefühl und bei aller Anerkennung der Leistungen seines Führers in der Vergangenheit, die vor der Geschichte bestehen werden, kein Verständnis dafür aufbringen, daß Weizmann, der dem Zuge seines Herzens nicht mehr folgen kann, sich nicht dazu entschließen will, die Leitung der zionistischen Außenpolitik Händen anzuvertrauen, die den Mut und die Kraft besitzen, ihre Ueberzeugung nicht nur der politischen Taktik zu opfern, sondern eine Politik zu führen, die im Einklang steht mit den Idealen der jüdischen Massen. Noch immer in der Geschichte des jüdischen Volkes hat sich sein Idealismus, der keine Hindernisse fürchtet, als Urquell seiner politischen Erfolge erwiesen. Der zweite Tempel, die Ueberwindung der Galuth, die Emanzipation, das Baseler Programm, die Balfour-Deklaration und das Mandat sind Denkmäler, die sich der utopische Wille des jüdischen Volkes als nach außen in die Erscheinung tretender Ausdruck seines Idealismus gesetzt hat. Nur eine Führung, die es versteht, diesen idealistischen Zukunftswillen der jüdischen Seele zu entfachen und daran zu glauben, daß er eine realpolitische Macht ist wie die realen Machtfaktoren anderer Nationen auch, kann auf die Dauer sichtbare Erfolge in der zionistischen Weltpolitik erringen.

Die Reden Weizmanns haben die seit Jahren mehr und mehr an Boden gewinnende Ueberzeugung, daß der verantwortliche Leiter der zionistischen Politik nicht mehr an die Macht des Ideals als eines realpolitischen Faktors glaubt, nicht erschüttert, sondern noch verstärkt. Dieser Glaube, der Berge versetzt und Länder er-

uar 1930
Wacker
4 vert.
L.B.C. zu
chten
enstein und
inen Sohn
und Rahel,
ohn „Jakob
Hulda, geb.
Uhr, Präu-
marzt Sieg-
Sachsenhol,
lgionsgesell-
et der Am-
t der Aus-
bankendorff-
eiger
gebet 16,30
Sonabend,
16.30 Uhr,
mann): Die
Aruch über
Jorgengottes-
Uhr, werk-
Straße 4
eten Schrift-
end, 4. Jan.,
r. Wochen-
4
8.30 Uhr;
gs früh 7.15
r Str. 4.
n 8.30 Uhr;
gs früh 7.30
antz
orm. 9-Uhr
17.05 Uhr.
Montag bis
ag: Jakob
6. — Druck:
arten.
???
Lotterie,
nden wir
atis
nd einen
chreiben
n NW 7
n Welt
nhof
Brühl
22
Pickardt
Nordstr. 30
er 282 67
- und
elwaren
ZI
u List bef.,
k. Fr. Heller

baut, hat nichts gemein mit dem religiös-mystischen Ewigkeitsglauben, wie ihn Weizmann am Schlusse seiner Ausführungen zum Ausdruck brachte. Statt müder Resignation fordert er vielmehr die befreiende Tat und schreckt weder vor Hindernissen noch vor Mißerfolgen zurück, von denen er, wie jedes menschliche Werk, nicht verschont bleiben kann.

Weizmann begeht den tragischen Fehler, zu glauben, er sei zu populär geworden. Er vergißt, daß diese Popularität mehr seiner verehrungswürdigen Persönlichkeit, seinem Leben, das sich im Dienste seines Volkes verzehrt, als seiner Politik gilt, an die ihn seine Vergangenheit und seine Entwicklung unwiderruflich fesselt und die mit jedem Tage an Popularität verliert. Wenn der Verlauf des 23. Delegiertentages ihm und der zionistischen Welt diese Erkenntnis nahegebracht hat, so wird sich der deutsche Zionismus rühmen dürfen, dem verehrten Führer und der jüdischen Sache zugleich einen unschätzbaren Dienst erwiesen zu haben.

Dem aufmerksamen Beobachter der Jenaer Tagung drängte sich die Ueberzeugung auf, daß die zahlenmäßige Stärke der Parteien das wirkliche Kräfteverhältnis nicht richtig wieder gibt. Die politische Wandlung im deutschen Zionismus hat eben erst begonnen. Viele wissen noch nicht, worum der Kampf geht. Nur wenige finden den Mut, nachdem sie sich vor ihren Wählern auf ein politisches Programm festgelegt haben, das Odium eines Gesinnungswechsels im Laufe der Tagung selbst auf sich zu nehmen. Die Tatsache, daß trotzdem eine Anzahl von Delegierten von Mehrheitsparteien im Verlaufe der Tagung, und zwar bemerkenswerterweise nach den Reden ihrer eigenen Sprecher, spontan ihren Uebertritt zur Opposition vollzogen, ist um so mehr anzuerkennen. Im deutschen Zionismus gährt es seit langem. Die Opposition, insbesondere die der am längsten bestehenden revisionistischen Gruppe, gewinnt mit der Verbreitung der Wahrheit über ihre richtigen Ziele und Absichten mehr und mehr an Boden. Das amtliche Organ des deutschen Zionismus, die Jüdische Rundschau, gegen die sich aus verständlichen Gründen der Kampf der Opposition in erster Linie richtet, hat die tragische Schuld auf sich geladen, nicht aus bösem Willen, aber aus einer menschlichen Unzulänglichkeit ihrer einseitig orientierten und festgelegten Redaktion den deutschen Zionismus über diese Vorgänge nicht zu informieren. Die in Opposition stehenden Gruppen erleiden das allgemein jüdische und zionistische Schicksal, zuerst totgeschwiegen und dann verspottet zu werden, bevor man sich ernsthaft mit ihnen auseinandersetzt. Was hat man nicht alles zum Beispiel den Revisionisten in den letzten Jahren angedichtet! Welcher brave Durchschnittszionist konnte sich den Revisionisten anders als in Uniform und schwerer Bewaffnung vorstellen? Vielen Delegierten kleiner Gruppen, die mangels persönlicher Berührung mit Revisionisten und mangels jeglicher Aufklärung durch ihr Parteiorgan gar keine oder eine schiefe Vorstellung von den politischen Zielen einer Partei hatten, die für sich in Anspruch nimmt, das Erbe Herzls in voller Reinheit und Klarheit angetreten zu haben, erkannten erst aus den Reden der Oppositionsführer mit Staunen, daß diese gar nichts anderes forderten als das, was jeder von ihnen unausgesprochen schon seit Jahren gedacht hat. Es vollzog sich in der Seele vieler jene Wandlung, die die Älteren von uns aus der Zeit her kennen, als sie erstmalig von der ewigen Wahrheit des Zionismus erschüttert und überwältigt wurden. Nur in Ausnahmefällen kann diese zionistische Erschütterung zu einer sofortigen politischen Stellungnahme führen. Sie wird aber nachwirken und dazu führen, daß der deutsche Zionismus bis zum nächsten Delegiertentag seine Struktur entscheidend ändern wird. Die aus den Unabhängigen, Radikalen und Revisionisten

Poale Zion und deutscher Zionismus

Berlin. Zu der in Deutschland im Zusammenhang mit den Ereignissen in Palästina geführten Diskussion über Ziele und Wege zionistischer Politik erläßt das Zentralkomitee der jüdischen Sozialdemokratischen Arbeiterorganisation Poale Zion in Deutschland eine Erklärung, in der es u. a. heißt:

Die jüdische Arbeiterschaft, welche Jahre hindurch in deutschen Zionisten ihre Verbündeten sah, verfolgt mit Unruhe und Besorgnis die Entwicklung, die der deutsche Zionismus in den letzten Jahren genommen hat. Zuerst kam in einem Augenblick schwerster Depression unserer jungen Wirtschaften in Erez Israel die radikale Abkehr des deutschen Zionismus von den sozialwirtschaftlichen Bestrebungen der jüdischen Arbeiterschaft. ... Der Preisgabe der schöpferischen Schicht des Zionismus folgt nun ein Umschwung in der zionistischen Zielsetzung, der in sich außerordentliche Gefahren für die Schlagkraft der zionistischen Bewegung birgt. Die deutsche zionistische Presse schreckt nicht davor zurück, vieles über Bord zu werfen, was den Zionismus zu einem mächtigen Faktor im jüdischen Leben gemacht hat. Die ganze historisch-bedingte Kompliziertheit unserer Politik in Erez Israel sucht man einem falsch verstandenen Pazifismus anzupassen. In diesem Augenblick erachtet es die zionistisch-sozialistische Bewegung als ihre Pflicht, zu erklären, daß ihr Ziel nicht irgendein Gebilde in Palästina ist, das der Befriedigung der kulturellen Bedürfnisse einer dünnen Schicht von Intellektuellen dienen soll, sondern die jüdische Massensiedlung in Erez Israel, die allein imstande ist, die jüdischen Massen von dem unerträglichen Druck ihrer unnormalen Situation zu befreien.

In schwerem Kampfe und unter großen Opfern, heißt es in der Erklärung weiter, brachte die jüdi-

bestehende Opposition ist sich ihrer wachsenden Macht niemals so bewußt gewesen, wie auf diesem Delegiertentag. Sie hat erkannt, daß sie siegen wird und um des deutschen Zionismus willen siegen muß, wenn sie zusammenhält. Und sie wird hinfort zusammenhalten und sich Gehör verschaffen, auch wenn in der Jüdischen Rundschau alles beim alten bleibt. Die Worte Blumenfelds, mit denen er sein Amt „noch einmal“ antrat, hatten für den, der die Zeichen der Zeit versteht, eine tiefere Bedeutung. Zum letzten Male im deutschen Zionismus konnten auf Grund von zufälligen Mehrheitsverhältnissen, deren Zustandekommen einem veralteten Wahlsystem zu verdanken ist, der gewichtige Wille und die überzeugenden Argumente einer Minderheit, die in sich bereits die Kraft einer Mehrheit spürt, ignoriert werden. Gewiß war es parlamentarisch falsch, wenn einzelne Oppositionsparteien einen Augenblick lang erwogen, in die Leitung der ZVfD. einzutreten, wenn ihnen dort eine Mehrheit eingeräumt würde. Dieser Versuch scheiterte jedoch an der geraden und unbeirrbareren Haltung der revisionistischen Gruppe, die, geschult durch längere parlamentarische Erfahrung, dieses Kompromiß ablehnte. Daß ein solcher Vorschlag überhaupt gemacht werden konnte, ist nicht, wie Blumenfeld es in seinem Schlußwort hinzustellen versuchte, als ein bedenkliches Zeichen für die Moral dieser Gruppen zu werten, sondern spricht nur für die Schwäche der alten Koalition, der man zutraute, daß sie auch eine solche Demütigung auf sich nehmen würde. Lediglich dem Misrachi, der das Schicksal politischer Unausgeglichenheit mit allen religiösen Parteien teilt, hatte es die Mehrheit in letzter Minute zu danken, daß ihr diese Demütigung erspart blieb. Wer Gelegenheit hatte, das Selbstbewußtsein und die innere Stärke der Oppositionsparteien in ihren Fraktionsberatungen kennenzulernen und auf der anderen Seite die innerer Schwäche entspringende Nachgiebigkeit der in sich schon gespaltenen Mehrheit zu verfolgen, die bereit war, der eben erst besieigten Minderheit die Hälfte der verfügbaren Sitze im Präsidium anzubieten, wird sich des Gefühls nicht erwehren können, daß die Tage dieser Mehrheit gezählt sind. Nicht die Abstimmung über den revisionistischen Mißtrauensantrag gegen die Redaktion der Jüdischen Rundschau gibt das wahre Stärkeverhältnis der sich gegenüberstehenden Richtungen zu erkennen, sondern die Ab-

stimmung über das Amendement Halpern, das nur mit 84 zu 61 Stimmen der Ablehnung verfiel. Dieses Amendement, das die Ablehnung der Politik der Jüdischen Rundschau in versöhnlicher Form zum Ausdruck brachte, war von allen Resolutionen diejenige, die geeignet war, die noch schwankenden Delegierten der Mehrheitsparteien zu einer Stellungnahme zu veranlassen, welche nicht mit der schwerwiegenden Entscheidung eines politischen Stellungswechsels verbunden war. Bezeichnend ist daher auch, daß die gegenüber dem Antrag der Revisionisten abgeschwächte Fassung der Resolution der Unabhängigen immerhin eine Minderheit von 54 gegen 84 Stimmen auf sich zu vereinigen vermochte. Gerade diese Abstufungen in der Stimmenzahl beweisen die Richtigkeit der Feststellung, daß die Front der Opposition noch weit in die Reihen derjenigen Kreise hineinreicht, die sich noch heute offiziell zur Richtung Blumenfeld bekennen.

Der gefährliche Kurs des offiziellen Zionismus in Deutschland, heißt es zum Schluß der Erklärung, gibt dem Revisionismus, dieser auf allen Gebieten zionistischer Arbeit reaktionären Bewegung, die Möglichkeit, als Hüter der großen zionistischen Traditionen aufzutreten.

Zwischen den Oppositionsparteien besteht nur noch ein gradueller Unterschied in der Formulierung ihrer im wesentlichen gleichartigen politischen Auffassung. Es ist klar, daß nicht alle Oppositionellen, die aus dem Lager der gegenwärtigen Mehrheit hervorgegangen sind, sofort den Anschluß an die radikalste Gruppe vollziehen können. Viele können sich mit der revisionistischen Ablehnung einer Mitarbeit in der Jewish Agency nicht befreunden, da der Revisionismus die Existenz einer starken zionistischen Organisation außerhalb der Jewish Agency für eine Lebensnotwendigkeit hält, welcher die gegenwärtige Verfassung der Jewish Agency nicht genügend Rechnung trägt. Wieder andere sind grundsätzliche Anhänger einer arabischen Verständigungspolitik, die der Revisionismus zur Zeit für unangebracht hält. Durch solche Nuancen einer im übrigen einheitlichen Grundauffassung zionistischer Außen- und Innenpolitik unterscheiden sich die Gruppen der Opposition noch heute voneinander. Es ist lediglich eine Frage der Zeit und fortschreitender zionistischer Entwicklung, daß diese Gegensätze überwunden werden. Die bereits beschlossene Zusammenarbeit der Oppositionsgruppen wird und muß dazu führen, daß das so schnell geschieht, daß auf dem nächsten Delegiertentag die geeinte Opposition als eine in ihren Zielen und ihrer politischen Ueberzeugung einheitliche, geschlossene Mehrheitsgruppe auftreten und die Geschäfte der ZVfD. in die Hand nehmen kann.

Der Delegiertentag in Jena

Aron Barth (Misrachi). Es steht nicht Verständigungswille und Ablehnung zur Debatte, sondern die Konzeption, von der aus die Gegenseite an die Dinge herangeht. Man verkleinert die Bedeutung des Mandats und der Balfour-Deklaration im Gefühl des Pessimismus. Die nationale Heimstätte des jüdischen Volkes dreht man um in eine nationale Heimstätte des arabischen Volkes. In der Instruktion Weltschs an Sacher ist etwas verschleiert, was klar angesprochen werden muß. Diese Worte könnten so verstanden werden, als ob wir keine Majorität erstreben. Solange das Arabertum durch seine Gegnerschaft gegen die Balfour-Deklaration geeinigt ist und kein Wort der Verurteilung der Mordtat findet, ist keine Verständigungsgrundlage gegeben. Wir haben nur den Weg unsere Positionen zu stärken, damit die Araber sehen, daß jeder Angriff die Gegenseite stärkt. Wir müssen unsere Arbeit in der bisherigen Form auf Stärkung und Verlebendigung unserer Position fortsetzen bis die Gegenseite erkennt, daß es einen Weg ohne Herrscher und Beherrscher gibt.

Landauer (Hitachduth). Wir suchen die Verständigung nicht aus Resignation. In der Kette unserer politischen Erfolge klappt eine Lücke. Das ist der arabische Faktor. Der Revisionismus erzieht die Jugend zu einem Programm der Gewalt. Wir wünschen eine Verständigung, nicht aus Schwäche, sondern aus unseren Grundanschauungen heraus. Unsere Politik beruht auf Gerechtigkeit und Leistung. Wir wollen erreichen, daß nichts vom Zionismus preisgegeben wird.

Kollenscher (Unabhängige). Einen solchen Delegiertentag hat der deutsche Zionismus lange nicht gesehen. Wir haben von Weizmann eine Rede gehört, die meine Freunde als eine Tat bezeichnen. Es war eine Erlösung aus berufenstem Munde Worte zu hören, die beweisen, daß der alte Zionismus lebt. Die Wahlen haben gezeigt, daß es nur eines Anstoßes bedurfte, um das Kartenhaus, das die Leitung aufgebaut hatte, umzustürzen. Wir stehen nur zur deutschen Leitung, nicht zur Exekutive in Opposition. Zu dieser hat gerade die gegenwärtige Leitung in Opposition gestanden. Blumenfeld hat Unrecht, wenn er sagt, daß wir nur um Methoden streiten. Der Begriff „Judenstaat“ ist kein staatsrechtlicher, aber wir müssen alles tun, um diesem Prinzip näherzukommen. Wir haben in der Ernunterung von unserer Leitung kein Wort der Ermunterung gehört. Man hat alle Stimmen der Entrüstung gewaltsam zurückgedrängt und damit Menschen abgestoßen, die in der Zeit der Not sich uns anschließen wollten. Jedoch nicht verstanden, daß die Leitung nicht einsehbar, was alle erkannten. Nachdem Weltsch gesagt hatte, Verhandlungen mit den Arabern erst zur rechten Zeit zu führen, kann auch Bilecki nicht „ungefährte“ Maßnahmen fordern. Sie haben die Antwort der Exekutive gehört, aber die ZVID. sagte in offizieller Kundgebung, daß das Mandat dem arabischen Volke genau die gleichen Rechte auf eine nationale Heimstätte gibt wie dem jüdischen Volke. Der Verhandlungswille und die Bereitschaft zu Kompensationen kann mangels des zu Verhandlung bereiten Partners nur zu einer Kette von Mißerfolgen führen. Man macht nicht öffentliche Meinung, indem man den Standpunkt des Gegners vertritt. Trotz der Erklärung Blumenfelds im Jüdischen Klub wird hier von der Leitung eine Resolution vorgelegt, mit deren Inhalt man sich anfreunden kann, aber ich zweifle, daß sie ihrer wahren Ueberzeugung entspricht. Deshalb werden wir ihr nicht zustimmen. (Kollenscher schlägt hierauf eine andere Resolution vor.)

Nach der Rede Lichtheims, die wir in der vergangenen Nummer veröffentlicht haben, folgte eine oratorisch vollendete Angriffssrede Goldmanns (Radikal) gegen Weltsch. Er forderte, Weltsch fallen zu lassen, sonst sei eine Zusammenarbeit unmöglich.

Dr. Nahum Goldmann führte ungefähr aus:
Der Kampf der Opposition geht hier auf diesem Delegiertentag nicht gegen Weizmann und die Exekutive, sondern gegen Weltsch und die „Jüdische Rundschau“. Man kann nicht die Auffassungen von Weltsch als die Konsequenzen der Weizmannschen Politik bezeichnen. Ich habe Jahre hindurch auch die äußere Politik von Dr. Weizmann bekämpft, aber nicht wegen seiner letzten politischen Konzeptionen, sondern wegen seiner Taktik, insbesondere in seiner Haltung gegenüber der Mandatarmacht. Das, was Dr. Weizmann heute gesagt hat, findet meine volle Zustimmung, bis auf einen Punkt, von dem ich jedoch glaube, daß er der Korrektur, die ich vornehmen möchte, zustimmen wird. In der Instruktion, die er an Sacher geschickt hat, wird nicht klipp

und klar gesagt, daß wir an der Schaffung einer jüdischen Majorität festhalten. Sacher hat vor der Kommission ausgesagt, daß das Endziel eine Majorität sei. Ich darf wohl annehmen, daß Dr. Weizmann mit dieser Ergänzung seiner Instruktion einverstanden ist.

Im Verlauf einer weiteren Ausführung griff der Redner sehr scharf die Haltung der „Jüdischen Rundschau“ an, der es zuzuschreiben sei, daß der deutsche Zionismus gegenüber der Exekutive, der Organisation und dem Jischuw in eine immer stärkere Isolierung gerät. Die Folge dieser Haltung der „JR.“ ist die Entfesselung jener schädlichen außenpolitischen Debatte und die Durchbrechung der zionistischen Front. Wenn Weltsch und seine Freunde im Namen von sittlichen Motiven sprechen, so ist dies im Grunde eine Diskreditierung der großen Majorität der Bewegung. Wenn der Brith Schalom schreibt, daß er friedlich sei, so sagt er damit, daß Weizmann und wir alle anderen es nicht sind. Dies ist falsch und gefährlich zugleich. Unser Nationalismus kann nur ein sittlicher sein. Die Politik der „JR.“ muß grundlegend geändert werden.

Am Abend antwortete Weltsch sehr schwächlich, ohne seine Haltung zu rechtfertigen. Blumenfeld sprach anfangs gut, später wenig überzeugend. Er stellt sich hinter Weltsch, auch wenn er nicht 100 Prozent seiner Meinung sei.

Wir bringen aus Blumenfelds Rede nachstehenden Auszug:

20 Jahre, so führte Blumenfeld aus, habe ich jetzt die Möglichkeit, einen entscheidenden Einfluß auf den deutschen Zionismus auszuüben, und in diesen Jahren habe ich gelernt, daß wesentlicher als alle Wanschbilder die Menschen waren, die jeden Tag an der Verwirklichung des Zionismus arbeiteten. Wir haben uns bemüht, die arbeitenden Kräfte zu sammeln. Aber es gab in allen diesen Jahren immer Gruppen, deren Eingliederung in unsere Tagesarbeit mißlang. Die Schuld trifft in erster Linie diese Gruppen selbst. In einer kämpfenden Bewegung hat jeder

E. SAXL
Bänder - Spitzen - Modewaren
Jetzt nur noch
Petersstr. 1-7
gegenüber von STECKNER

sich seinen Platz zu suchen, niemand hat ein Recht, sich schmolend zurückzuziehen. Es ist interessant, daß gerade diese Gruppen heute als Gralwächter auftreten und sich uns gegenüber als die Hüter des echten Zionismus aufspielen. Eine Diskussion über die Echtheit meines Zionismus lehne ich ab. Die Güte des Zionismus besteht nicht im Wünschenkönnen. Sie besteht auch nicht in dem Glauben an die Wahrheit irgendwelcher Formen. Nicht auf die Konkurrenz der Ideale kommt es an, sondern auf die Wahrfähigkeit im Tun. Wenn man heute behauptet, daß ich mich im Gegensatz zu den Forderungen des A.C. gestellt habe, soweit es sich um die Politik mit England handelt, so sollte man sich wenigstens die Mühe nehmen, erst einmal richtig in der Rundschau nachzusehen. In meinem Artikel „Forderungen der Stunde“ sind meine politischen Ansichten mit hinreichender Deutlichkeit enthalten. Der Redner entwickelt seine Ideen in bezug auf die Frage der jüdischen Mehrheit und kommt zu dem Schlusse, daß nur in der geschlossenen Siedlung die sozialen Probleme ihre Lösung finden können. Er befaßt sich mit der Vorgeschichte des Delegiertentages und sagt, er habe den Delegiertentag mit aller Energie auf der Landesvorstandssitzung durchgesetzt, um eine klare Entscheidung über die Leitung der zionistischen Arbeit in Deutschland herbeizuführen. Jetzt besteht volle Klarheit, die Abstimmung schafft eine eindeutige Situation, man möge keine Angst haben, ihn in die Minorität zu bringen, es muß ganz schön sein, einmal gegen die jetzige Opposition Opposition machen zu können. Die Kämpfe sind aber nur dann eine gute Sache, wenn sie zionistisch lohnen. Blumenfeld befaßt sich eingehend mit der Frage der „Jüdischen Rundschau“ und sagt von Weltsch, daß er die Rundschau vor einem niveaulosen Zionismus bewahrt; einen Redakteur von seinen geistigen, menschlichen und zionistischen Qualitäten werde man nicht wieder haben. In der Grundhaltung sei er eins mit Weltsch, wenn er sich auch die Behandlung mancher Fragen anders gewünscht hätte. In den wichtigsten politischen Grundfragen gab es aber Uebereinstimmung.

Wie immer, schloß Blumenfeld, bleibt die Erörterung der Frage offen, wie wir im gegenwärtigen Augenblick die zionistische und jüdische Welt zum Höchstmaß ihrer Kraftentfaltung zu bringen vermögen. Man müßte untersuchen, ob wirklich die proklamierte Judenstaatsforderung dem Zionismus zur Blüte verhelfen hat und verhelfen kann. Ein Empiriker müßte übrigens feststellen können, ob in den zionistischen Verbänden, in denen das Judenstaatsideal gepflegt wird, der Zionismus so viel stärker ist als z. B. in Deutschland. In Oesterreich müßte doch danach die Kraft der zionistischen Organisation phantastisch groß sein. In Wahrheit wird die Wirkung der zionistischen Idee nicht durch formulierte politische Parolen erzeugt. Auf die unvergänglichen Quellen kommt es an, auf das Erlebnis der auswegslosen Situation der einzelnen Juden und der jüdischen Gesamtheit im Galuth. So scheint es mir ein Beweis für die Lebenskraft des deutschen Zionismus zu sein, daß er anstelle einer reinen Hilfsaktion sofort mit der Parole „Hilfe durch Aufbau“ hervortrat. Politik ist keine Wissenschaft, sondern eine Kunst. Es kommt auf politische Repräsentanten an, die, erfüllt von zionistischer Kraft, die Fähigkeit haben, die Welt für unsere Sache zu gewinnen. Dr. Weizmann hat diese Fähigkeit in höchstem Maße. Er wird unsere Sache politisch weiterführen können, wenn Millionen von Juden fest entschlossen sind, die jüdisch-nationale Heimstätte zu schaffen und in einem freien Erez Israel den Mittelpunkt der jüdischen Welt zu errichten.

Landeskongress der Zionisten-Revisionisten in Polen

Warschau. (Jta.) Bei Anwesenheit von 150 Delegierten aus allen Teilen Polens wurde in Warschau die vierte Konferenz der Partei der Zionisten-Revisionisten Polens eröffnet. Der Vorsitzende, der bekannte hebräische Dichter Dr. Jakob Kahn, begrüßte das Mitglied des Präsidiums des Weltverbandes der Revisionisten Meer Großman und referierte über die Gegenwartsfragen des Zionismus und die Stellung der Revisionisten zu diesen Fragen. Obwohl die Revisionisten die Jewish Agency scharf bekämpften, sind sie der Ansicht, daß ein Zusammenbruch der Jewish Agency eine große Gefahr mit sich bringen würde. Im Namen der Gruppe Esh Liwnoth begrüßte Dr. Gottlieb die Konferenz und gibt seiner Meinung Ausdruck, daß Wladimir Jabotinsky, der Schöpfer des Revisionismus, der künftigen zionistischen Exekutive beitreten müsse.

Herr Meer Großman aus London hielt sodann ein großangelegtes Referat über die „jetzige politische Lage im Zionismus“ und stellte als Ursachen der letzten Geschehnisse in Palästina und der Krise im Zionismus hin: 1. die Unklarheit der Balfour-Deklaration, die die Pflichten der Regierung und die Rechte der Jewish Agency nicht genauer festgelegt hat; 2. die schwächliche Politik der zionistischen Exekutive in London; 3. die feindliche Stellung der Palästina-Administration zum jüdischen Siedlungswerk; 4. die Abwesenheit von englischem Militär; 5. die Ausschaltung von Transjordanien aus der Balfour-Deklaration. Der Redner griff die zionistische Exekutive an, die es nicht eingerichtet hat, daß auch Jabotinsky als Zeuge vor der Untersuchungskommission erscheine. Die gegen die revisionistische Jugend erhobene Beschuldigung, sie habe die letzten Geschehnisse in Palästina provoziert, sei ungerecht. Die Revisionisten seien bereit, mit der zionistischen Exekutive zusammenzuarbeiten, wenn diese sich zur Einberufung eines außerordentlichen Zionistenkongresses bereit erklärt. Die Revisionisten verhalten sich in einem gewissen Maße loyal gegenüber der zionistischen Exekutive, da sie jede separatistische Politik für schädlich halten. Sollte aber die Exekutive ihre bisherige Politik fortsetzen, so werden sich die Revisionisten gezwungen sehen, über den Kopf der Exekutive hinweg eine selbständige Politik zu betreiben. Der Redner griff scharf die Politik von Brith Schalom an.

Abg. J. Grünbaum, der im Namen der Radikalen Gruppe „Al Hamischmar“ die Konferenz begrüßte, erklärte, die Revisionisten hätten immer den reinen Zionismus verteidigt; ein Bürgerkrieg in der zionistischen Bewegung sei zu vermeiden, weil die Bewegung gegen innere und äußere Feinde zu kämpfen hat. — Nach der Wahl des Präsidiums referierten Ing. A. Kuzenok über die Leistungen der Parteilcitung und Dr. Lipman über Organisation. An die Referate schloß sich eine lebhaftere Aussprache.

Seiden-Groß, Leipzig

Markt 13 Größtes Spezialhaus Sachsens Markt 13

Benutzen Sie die selten günstige Gelegenheit
unseres Inventur-Ausverkaufes
vom 15. bis 29. Januar

Der polnische Ministerpräsident und Außenminister wohnen einer Warschauer Palästina-Kundgebung bei

Warschau. Einen großartigen Verlauf nahm die aus Anlaß der Anwesenheit des Präsidenten der Zionistischen Weltexecutive, Nahum Sokolow, in Warschau und der Eröffnung der diesjährigen Keren-Hajessod-Kampagne in Polen im Saale der Philharmonie veranstaltete Palästina-Kundgebung, der neben den Vertretern der jüdischen Organisationen und Institutionen und einem tausendköpfigen Publikum der polnische Ministerpräsident Professor Bartel, der Minister des Äußeren Graf Zalesky, der Präsident des polnischen Senats Szymanski, Vertreter des Innen- und des Kultusministeriums, der Präsident des Warschauer Stadtrats Jaworowsky und Vizepräsident Blendowsky sowie Vertreter anderer hoher Behörden beiwohnten. Auf der Estrade nahmen Platz die Mitglieder der Keren-Hajessod-Delegation mit Präsident Nahum Sokolow an der Spitze, der Präsident des polnischen Keren-Hajessod-Direktoriums und Präsident der Warschauer Jüdischen Gemeinde Abg. Farbstein, die Mitglieder der Jewish Agency Podliczewsky, Oberrabbiner Professor Schorr, Abg. Grünbaum, Wawelberg, Leon Levite, Adv. Warman, Dr. Goldflam, Adv. Endelmann, Lewin-Epstein, Abg. Rosenblatt, Stadtrat Hindes, Dr. Grünfeld u. a. m. Das Makkabi-Orchester spielte die polnische Volkshymne und die Hatikwah.

Präsident Abg. Farbstein führte in seiner Eröffnungsrede aus, die polnische Regierung habe durch ihre Teilnahme an der heutigen Versammlung aufs neue einen Beweis ihrer wohlwollenden Beziehung zur Frage des Jüdischen Nationalheims in Palästina gegeben. Zehntausende polnische Juden verfolgen mit Stolz und Freude die großartige Entwicklung des befreiten Polen, welches am besten den jüdischen Drang nach Aufbau der alten Heimat zu schätzen weiß und dies durch seine Regierung und seine auswärtigen Vertretungen bei verschiedenen Gelegenheiten dargetan hat. Präsident Farbstein proklamierte den Beginn der diesjährigen Keren-Hajessod-Aktion in Polen, huldigte dem neuen jüdischen Jischuw, der die gefährlichen Angriffe auf das Jüdische Nationalheim mutig zurückwies und forderte die polnische Judenheit auf, sich wie ein Mann hinter ihren Führer Nahum Sokolow zu stellen.

Minister des Äußeren Graf Zalesky hielt die folgende Ansprache: „Ich danke dem Herrn Präsidenten und Deputierten für die an die Adresse der polnischen Regierung gerichteten Worte. Es ist mir sehr angenehm, hier nochmals Herrn Na-

hum Sokolow, Präsidenten der Zionistischen Executive, zu begrüßen. Die früheren polnischen Regierungen haben wiederholt ihre günstige Beziehung zu den Bemühungen der Zionistischen Organisation, das Jüdische Nationalheim in Palästina aufzubauen und zu befestigen, dargetan. Indem ich noch einmal diese Position bestätige, wünsche ich Ihnen, meine Herren, im Namen der polnischen Regierung Erfolg zu Ihrem Werke.“ (Minutenlanger rauschender Beifall.)

Nahum Sokolow hielt dann eine ausführliche Rede, in welcher er das Aufbauwerk in Palästina als ein Friedenswerk bezeichnete und die Ziele des Zionismus und die Methoden des Aufbauwerkes darlegte. Sokolow gab eine eingehende Darstellung der politischen Grundlagen des Palästinawerkes, das unter dem Schutz der großen Kultur-

Kristall Porzellan Geschenkartikel

in größter Auswahl in jeder Preislage

Rosenthal-Niederlage

Otto Buhlmann

Petersstraße Nr. 36

mächte und unter dem Mandat Englands vor sich geht und legte die Beziehungen zwischen Polen und Palästina eingehend dar. Es folgten Begrüßungsansprachen von den Führern aller großen jüdischen Organisationen und Institutionen in Polen. Telegramme vom Präsidenten Weizmann, von M. M. Ussischkin, Colonel Wedgwood, Sir Wyndham Deedes, L. Jaffe, Dr. Barth, vom Warschauer Rabbinat usw. wurden verlesen. Ansprachen hielten dann der frühere Bürgermeister von Tel Aviv und Führer der palästinensischen Arbeiterschaft Bloch-Blumenfeld und Dr. Alexander Goldstein. Zum Schluß richtete Nahum Sokolow nochmals eine Ansprache an die Adresse der polnischen Judenheit, in der er die Rolle des polnischen Judentums in der jüdischen Geschichte und in der Entwicklung Polens schilderte und mit den Worten schloß: Möge das polnische Judentum diese großen Leistungen krönen durch ein verstärktes Mitwirken am Aufbau des jüdischen Heimes und des jüdischen Volkes in Palästina.

Glossarium

Es ist augenscheinlich, und es muß zugegeben werden, daß es mit der Menschheit immer vorwärts geht. Aber daß es so schnell und in dem Tempo geschieht, wie es uns der jüngste Vorfall im Memelland beweist, hätte man sich nicht träumen lassen.

Da hat sich also der Antisemitismus der Wissenschaft bedient und betreibt sein Fach mit rein medizinischen Mitteln, unter ärztlicher Aufsicht; und damit ja keinem, dem man Blut abgezapft hat, ein Leid geschehe, hat man sogar Gendarmerie hinzugezogen! Ich meine — fortschrittlicher und humaner konnten die memelländischen Judenfeinde nicht handeln: sie haben die Juden nicht verbrannt, nicht erschossen, nicht geschlachtet, auch nicht einmal geschlagen, sondern — sie haben im Bewußtsein ihrer Menschlichkeit bloß jedem zwei Liter Blut abgezapft. Ist das schon was? Nicht der Rede wert! Und dabei geschah es doch nur zum Besten der Bezapften: man wollte sie auf etwaige Krankheiten untersuchen, deshalb hat man eine Blutprobe gemacht! Aber zur Blutprobe genügen schon fünf Tropfen, und warum hat man dort jedem Juden zwei Liter abgezapft? Weil jüdisches Blut Wasser ist und weil erst zwei Liter jüdisches Blut fünf Tropfen memelländischen gleichkommen. Jetzt verstehen wir die Handlungsweise jener Blutsauger, die gar keine Antisemiten sind, sondern Männer, die im Dienste der Wissenschaft gearbeitet haben.

Weshalb die Aufregung? Der Judenschlichter von einst ist doch humaner geworden! Fragt jene Juden, ob das Blutabzapfen mehr wehgetan hat, als eine abgebackte Hand? Ihr werdet eine befriedigende Antwort hören.

Ei ja — es geht doch mächtig vorwärts ...

In Rumänien wiederum nicht Neues. Man hat dort bloß wieder jüdische Studenten geschlagen. Wien — Berlin — Prag — Jassy. Ueberall dasselbe Bild, dieselben Motive, derselbe Anfang und dasselbe Ende.

Uebrigens — gibt es eine hebräische Universität in Jerusalem, oder gibt es keine? Bisher hat man nur von ihr gehört, daß sie eingeweiht worden ist und daß Professor Magnes ihr Leiter ist. Lebt sie, die hebräische Universität, tut sie was, erfüllt sie ihren Zweck? Und warum macht man für diese Universität keine Propaganda, warum schreibt man nicht von ihr, warum macht man sie nicht populär? Und warum meiden die Juden nicht Lehrstätten, in denen sie wie Tiere behandelt werden? Ich garan-

tiere, wenn es sich einmal herumgesprochen haben wird, daß eine Universität von Juden gemieden wird, daß diese Universität einer gewissen Achtung anheimfallen wird, nicht nur in der jüdischen, sondern auch in der nichtjüdischen zivilisierten Welt. Das Ansehen einer solchen Anstalt wird darunter sehr zu leiden haben. Boykottiert solche Stätten des Hasses, schlägt sie moralisch tot, spuckt auf ihre Einrichtungen und kehrt ihnen den Rücken. Uebrigens — gibt es eine hebräische Universität oder gibt es keine?

In der „Jüdisch-liberalen Zeitung“ vom 1. Januar 1930 steht folgendes geschrieben:

„In Palästina stehen sich Juden und Araber als zwei Parteien gegenüber, die bei Beibehaltung der bisherigen Methoden in einen immer schärferen Konflikt geraten müssen. Wenn heute ein Ausbruch der Leidenschaften unmöglich gemacht wird, so ist das nur britischen Bajonetten zu danken. Daß ein solcher Zustand unhaltbar ist, daß im Interesse eines Friedens in Palästina die Forderungen menschlicher Gerechtigkeit erfüllt werden müssen, — eine derartige Einsicht fehlt vorerst noch, auch bei der Mehrzahl der Zionisten.“

Das nenne ich Blindekuhspielen! Ist es also schon so weit, daß man im liberalen Lager Juden und Araber mit ein und demselben Maß mißt? Mir scheint, daß im Konflikt Juden—Araber ein Recht und Unrecht festgestellt worden ist und daß das Recht diesmal auf seiten der Juden ist. Man spricht also von Juden und Arabern in einem Tone, als sei ein Unrecht bei der Parteien vorhanden, während doch jeder klarsehende Mensch längst gesehen haben muß, daß der arabische Angreifer alleine der Schuldige ist, denn er war es, der die Ruhe zerstört hat und soviel Unglück über das Land hereinfluten ließ. Und haben unsere liberalen Brüder noch nicht gemerkt, daß die Zionisten noch nicht aufgehört haben zu beteuern, daß ihnen nichts wünschenswerter sei, als der Friede zwischen Juden und Arabern? Oder hat man das auch von arabischer Seite gehört? Die Araber erklären, daß sie nur Frieden schließen, wenn ihre Wünsche erfüllt seien. Die Juden befinden sich in einer Lage, die es nicht gestattet, nachzugeben. Diese Zwangslage haben die Araber bewußt geschaffen, mit der Absicht, die jüdische Aufbauarbeit zu zerstören. Empfehlen unsere Liberalen, nachzugeben, auch wenn es der Ruin der 180 000 Juden in Palästina wäre? Würden eben diese Liberalen so nachgiebig sein,

wenn es sich darum handelte, ihren Besitz zu erhalten, oder zu verlieren? Wenn manche Zionisten Strenge gegen den Araber fordern, so gebietet dies die Selbsterhaltung. Wenn aber der Araber eine Auflösung der jüdischen Rechte fordert, so ist dies durch nichts zu begründen, als durch die Hetze einiger kapitalistischer arabischer Führer, die durch die Stellung der Juden sich in ihrer Macht bedroht fühlen. Das arabische Volk weiß von keiner „nationalen“ Bewegung, es ist judenfreundlich und anerkennt die kulturelle Aufbauarbeit der Juden, die ihnen in jeder Beziehung zugute kommt.

Wer soll nachgeben? Der bedrohte Jude, oder der machtlüsterne Mufti? Ungezogenen Bengeln haut man eine runter, wenn sie Fensterscheiben einschlagen. Verbrecherischen Arabern zeigt man die Faust, wenn sie sich nicht anständig benehmen. Den verbrecherischen Judenfeind in Deutschland bestrafen die Gerichte. Das ist den Zionistengegnern recht. Dem verbrecherischen Judenfeind in Palästina aber, so wünscht es der Zionistengegner, gebe man Bonbons ... Wo bleibt da die einfachste auf der Hand liegende Vernunft?

Aber es ist zu erklären: uns in Deutschland muß der Staat schützen — die Juden in Palästina mögen schutzlos sein; 90 Prozent von ihnen sind doch bloß Ostjuden ...

Arme palästinenser Juden — die Liberalen fühlen nicht mit euch — ihr werdet ohne sie auskommen müssen.

In der vergangenen Woche hat das „Allgemeine Jüdische Familienblatt“ sein zehnjähriges Bestehen gefeiert, zwar nicht pompös, aber der Bescheidenheit unserer, ach so bescheidenen Zeit entsprechend. Zehn Jahre! Mir kommt eine jüdische Zeitung vor wie ein Schiff, das dauernd zwischen Klippen und Eisbergen dahergeliegt. Für die „Klippen“ sorgen die jüdischen „Nichtleser“ — und für die „Eisberge“ — die Kälte, die der jüdische „Jaleser“ den jüdischen, vor allem jüdisch-politischen Dingen entgegenzubringen geneigt ist. Man liest zwar eine jüdische Zeitung — mein Gott, was liest man nicht alles! — aber, na, es geht auch ohne jüdische Zeitung. Na ja, wenn etwas Schlimmes in der jüdischen Welt passiert, liest man es ja überall — is doch wahr! Oder glaubt vielleicht jemand, wir Juden können ohne jüdische Presse nicht leben? Ich habe noch keinen Juden gesehen, der als „Nichtleser“ einer jüdischen Zeitung, eben dieser Nichtleserschaft wegen gestorben ist — äch ja!

Es gibt leider noch viele solcher lebenswerter Juden, die so sprechen. Das sind aber Menschen, die stets gerne zum gedeckten Tisch kommen wollen; wer gedeckt hat — ist Nebensache. Diese Menschen fühlen nicht den Pulsschlag des Judentums, die Bewegung, die durch alle Schichten unseres Volkes geht; sie kennen nicht die Vergangenheit, träumen träge über die Gegenwart hinweg und kümmern sich nicht um die Zukunft.

Wenn wir erst so weit sind, daß jedes jüdische Haus eine jüdische Zeitung hält (und auch liest!), dann werden die „Klippen“ schwinden, die „Eisberge“ schmelzen und das Schiff wird mit stolzer Fahne daherssegeln, wie in einer glatten, durch lange, schwere und bedachtsame Arbeit geschaffenen Fahrbahn.

Und in diesem Sinne, liebes „AJF.“:

Fahrt ahoi und gutes Wetter!

Josef Kaplan

Konferenz der englischen Poale Zion

Rede Kaplanskys. London. (Jta.) In einer Konferenz der Poale-Zion-Organisation von Großbritannien, an der Delegierte aus London, Leeds, Manchester und Glasgow teilnahmen, hielt der poale-zionistische Führer Dr. S. Kaplansky, Mitglied der Zionistischen Executive, das politische Referat und stellte die Schwierigkeiten dar, die sich bei der Ausführung des Palästinaamandats ergeben haben. Die Beamten, sagte er, verstanden das Mandat in der Weise, daß es volles und aktives Zusammenwirken der britischen Regierung mit der Jewish Agency einschließt zwecks Herbeiführung der ökonomischen Veränderungen und Entwicklungen, die Palästina fähig machen sollen, ein Maximum an jüdischer Bevölkerung aufzunehmen. Er wies auf die geringe Zahl der bei Regierungsarbeiten beschäftigten jüdischen Arbeiter und besonders beim Hafenbau in Haifa hin. Der Sekretär des Londoner politischen Büros der Poale Zion, Dov Hos, berichtete über die Hilfe, die der Poale-Zion-Bewegung aus den Kreisen der britischen Gewerkschaften gewährt worden ist. Die Konferenz beglückwünschte in einem Telegramm die beiden palästinensischen Arbeiterparteien zur Vereinigung der jüdischen Arbeiterbewegung in Palästina und nahm die folgende Resolution an: „Die Konferenz schickt ihre brüderlichen Grüße ihren Genossen, den jüdischen Pionieren in Palästina. Sie drückt ihre Bewunderung aus für den Mut und die Entschlossenheit, mit denen der Jischuw zu seinem großen Werk steht. Trotz aller Angriffe auf die jüdischen Bestrebungen betonen die jüdischen Arbeiter Englands von neuem ihren Entschluß, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Kräften die Erreichung unseres Zieles zu fördern.“

UNTERHALTUNG UND WISSEN

Assimilation

Von William Qualin, Professor an der Faculté de Droit

Die starke jüdische Nachkriegseinwanderung nach Frankreich und besonders nach Paris erzeugte Probleme, die früher bei den Franzosen im Verhältnis zu den Juden unbekannt waren. Wir veröffentlichen den Aufsatz eines der angesehensten französischen Soziologen über die Frage der Assimilation zur Illustration, ein wie geringes Verständnis der sonst fortschrittliche Autor für den Wert bewahrter Eigenart besitzt. Diese, man kann sagen, allgemeine französische Auffassung der Minoritätenfrage, insbesondere der jüdischen, ist um so mehr bedenklich, als französische Staatsmänner berufen sind, im Völkerbund über Fragen des nationalen Minderheitenrechtes in den Ländern Osteuropas maßgebende Entscheidungen zu treffen. Es wird von jüdischer Seite vieler Mühe bedürfen, um selbst wohlmeinende Franzosen aufzuklären. (Die Red.)

In Frankreich war vor 20 Jahren die Bezeichnung und die Richtung selbst fast unbekannt, und doch lebte damals bei uns schon fast eine Million Ausländer. Aber sie waren vereinzelt und allmählich in unser Land gekommen und gingen restlos in der sie umgebenden Bevölkerung auf. Es waren zumeist Arbeiter auf der Arbeitssuche oder politische Flüchtlinge und sie führten ihr Vaterland an den Schuhsohlen mit sich. Frankreich war für sie Zuflucht, nicht Exil und sie bemühten sich in erster Linie alles abzulegen, was sie von ihren neuen Mitbürgern unterschied. Das Land, aus dem sie kamen, zeigte für sie kein weiteres Interesse mehr; es gab sie endgültig auf und beschäftigte sich wenig mehr mit diesen Abfallstoffen der Gesellschaft. Alles wirkte also zusammen, um das Aufgehen, die vollständige Assimilation des Einwanderers zu begünstigen und zu beschleunigen: seine psychologische Einstellung in die Politik, oder vielmehr das Fehlen einer Politik seines eigenen Landes.

Heute stehen die Dinge anders. Die Auswanderung geschieht nicht mehr spontan: sie ist oft organisiert; sie ist nicht mehr frei; sie erfolgt nach einer bestimmten Auswahl und bildet einen Verhandlungsgegenstand zwischen dem Land, welches das Menschenmaterial liefert und dem Land, welches letzteres bestellt. Der Emigrant verkörpert einen ökonomischen Wert; er gilt nicht ohne weiteres als „verloren“, sondern bildet das Material für eine Art Menschenexport, dessen Rechnung auf irgendeine Weise wieder aufgehen muß, sei es, daß er als Besitzer eines kleinen Vermögens wieder in seine Heimat zurückkehrt. Es kommt noch dazu, daß es meistens nicht mehr der einzelne Mensch ist, der auswandert, sondern Familien oder geschlossene Gruppen. Der Auswanderer zieht nicht mehr auf gut Glück los. Er hat eine feste Beschäftigung in denjenigen Industrien, wo es an nationaler Belegschaft fehlt. Es ergibt sich also von vornherein, daß er mit Landsleuten zusammenlebt; er wohnt kolonialweise und wird auf Schritt und Tritt an seine verlassene Heimat erinnert: durch Kaufläden, Zeitungen, Lebensmittel, durch wohlthätige, sportliche, religiöse, politische Gesellschaften usw. Im Jahre 1927 gab es in Frankreich 167 in fremder Sprache erscheinende Zeitungen, davon 30 italienische, 24 englische, 21 russische, 12 deutsche, 15 spanische,

14 polnische, 3 hebräische, 1 jiddische usw. Ferner gab es 336 fremde Gesellschaften, die sich mit Fragen der Immigration beschäftigten, darunter 6 jüdische; an der Spitze standen die Polen mit 138; es folgten die Italiener mit 126 und die Russen mit 105; 20 Gesellschaften gehörten verschiedenen Nationalitäten an.

Diese Anhänglichkeit an das alte Vaterland, das nur wider Willen und unter dem Druck ökonomischer Verhältnisse verlassen werden mußte, ist sicher gut und lobenswert und es wäre gar nichts daran auszusetzen, wenn dieses Gefühl nur nicht von dem alten Vaterland und von bestimmten Elementen unter den Eingewanderten selbst klug ausgegütet und genährt werden würde, in der Absicht, die fremden Elemente in einer ständigen Absonderung zu halten und sie von dem Kontakt mit der übrigen französischen Bevölkerung abzuschneiden. Alle diese Hilfswerke, Speisungen, Schulen, Gesellschaften, Komitees sind nicht nur aus einer leicht erklärlichen Solidarität entstanden, sondern auch durch die offizielle Tätigkeit der fremden Länder, denen daran liegt, gegen die Entnationalisierung ihrer Auswanderer zu kämpfen. Typisch für diese Einstellung ist die Politik der italienischen Regierung, welche das Wort „Auswanderer“ gestrichen hat und nur noch von „italienischen Bürgern im Ausland“ spricht. Die Auswanderer werden nicht mehr als dem Lande verloren betrachtet. Die Auswanderung gilt nicht mehr als eine leider unvermeidliche Notwendigkeit, der man sich zu unterwerfen hat, sondern, da die nationale Verbundenheit und der Kontakt mit den Auswanderern erhalten bleibt, wird sie zu einem kostbaren Instrument politischer Beeinflussung. Hier liegt tatsächlich der Keim zu einer „nationalen Minderheit“; bei der Zahl der schon bestehenden Minderheiten absichtlich noch neue zu schaffen, scheint aber nicht ratsam.

Mit gutem Recht erregt die Projektion dieses „Nationalismus“ nach außen das Mißtrauen und den Widerstand des Einwanderungslandes, dessen Interessen demjenigen des Auswanderungslandes gerade zuwider laufen, dessen Politik in umgekehrter Richtung gehen muß. Aber diese Politik tut gut daran, sich nicht zu laut und energisch zu gebären. Beeinflussung ist hier besser als Gewalt, Duldung besser als Zwang. Was Frankreich hier tun kann, ist: freundlicher, entgegenkommender Empfang, wirtschaftliche und soziale Gleichstellung, Aufnahme der Kinder in den Schulen, der Arbeiter in den Syndikaten, Möglichkeit des Eintritts in verschiedene französische Milieus. Aber auch der Ausländer muß sich seinen zukünftigen Mitbürgern gegenüber einige Mühe geben. Was soll man von ihm verlangen? Hier muß man, nach meiner Meinung, zwei Möglichkeiten scharf auseinanderhalten. Die eine kommt für den jüdischen Auswanderer wenig in Frage, nämlich die Lage des gelegentlichen oder Saisonauswanderers, der nur für den Moment

oder für eine bestimmte Zeitdauer eine Beschäftigung sucht. Er gehört meistens zu der anderen Kategorie, nämlich zu denjenigen, die endgültig für Lebenszeit, einwandern.

Dieser muß vom ersten Moment seiner Ankunft danach trachten, sich möglichst reibungslos in die neue Gemeinschaft einzufügen; dies liegt schon in seinem eigenen Interesse. Denn mag ein Volk noch so entgegenkommend und gastfreundlich sein — für denjenigen, welcher der Gemeinschaft widerstrebt, zeigt es doch Mißtrauen oder wenig Sympathie. Wie soll nun diese Angleichung, diese Assimilation vor sich gehen ohne Verlust an Persönlichkeitswerten, an Gemüt, Glaube und Tradition? Drei Stationen sind zurückzulegen: die berufliche, die soziale und die staatsbürgerliche Assimilation. Die berufliche Assimilation verlangt ein stetes Sich-Angleichen an die Bedingungen des Arbeitsmarktes, ein Vermeiden der bereits überfüllten Berufe; der Andrang von ausländischen Arbeitern in solche Berufszweige hat nicht nur Gehässigkeit ihnen gegenüber zur Folge, sondern sie werden in Krisenzeiten auch als erste von Arbeitslosigkeit und wirtschaftlicher Not betroffen. Ein weiterer Nachteil ist die Isolierung der ausländischen Arbeiter in bestimmten Quartieren, Gegenden oder Arbeitsräumen. Die beruflich falsche Einstellung würde auch die soziale Assimilation, d. h. die Annahme der Sitten und Gebräuche des neuen Volkes erschweren und verhindern. Die Fremden müssen die Sprache, Zeitungen, Vergnügungen der anderen teilen; die Kinder besuchen die Schule, die Eltern gehören den Vereinen und Gewerkschaften an. Alle nehmen teil an dem Leben des Landes, das sie aufgenommen hat. Da sie in dieser Erde Wurzel schlagen sollen, ist es ihre Pflicht, auch ihre Vergangenheit, ihre Geschichte zu kennen, die falschen Vorstellungen über das Land, die jeder Einwanderer mitbringt, zu korrigieren.

Auf dieser Stufe ist der Einwanderer reif für die staatsbürgerliche Assimilation, d. h. für die Einbürgerung. Aber dieses Letzte soll für ihn nicht nur Lippenbekenntnis sein, nicht nur ein Mittel zum Zweck, um sein Leben bequemer und angenehmer zu gestalten. Die Einbürgerung legt ihm auch Pflichten auf gegenüber der neuen Nation; vor allem die Pflicht, seine alte Nationalität vollkommen abzulegen, sich ihr nur noch gefühlsmäßig, nicht mehr politisch verbunden zu fühlen. Handelt er anders, so übt er regelrechten Verrat, dem die öffentliche Macht seit der neuen Gesetzgebung nicht mehr hilflos gegenübersteht: die Einbürgerung ist nicht mehr unwiderruflich; sie kann, falls sich der Betreffende als unwürdig erweist, wieder zurückgenommen werden.

Ich habe versucht, in kurzen Zügen die soziale und individuelle, die nationale und internationale Seite des Problems darzustellen. Vor zehn Jahren wäre eine solche Abhandlung nicht am Platze gewesen. Für den Juden, der in Frankreich einwanderte, war die Assimilation gegeben und erschien als das Natürlichste; der jüdische Nationalismus der Nachkriegszeit stellt dies alles in Frage. Möge sich die jüdische Welt rechtzeitig überlegen, welche Folgen ihr junger Nationalismus haben könnte, wenn er mit den älteren Nationalismen zusammenstößt und sie gegen sich ins Feld ruft.

Bücherschau

Alfred Neumann: König Haber (Verlag J. Engelhorns Nchf., Stuttgart.)

Das Buch erscheint nunmehr im 21.—25. Tausend in neuer Auflage. Alfred Neumann ist eine sprachliche Begabung erster Güte. Er schildert flott, frisch, in gediegenen Wendungen, unterhält, ohne psychologisch tief zu werden und versteht es, den Leser in nicht aufdringlicher Weise zu „spannen“. Er schreibt gute, bleibende Unterhaltungsliteratur, leichte, aber kräftige Lektüre für abgesspannte Menschen, die ein paar Stunden ihre Sorgen vergessen wollen.

Das Werkchen erscheint in netter Aufmachung und verdient weite Verbreitung auch in jüdischen Kreisen, zumal „König Haber“ ein interessanter Hoffjude ist, der allerhand vollbringt und sogar zu einer Königin in mehr als intime Beziehungen treten darf, was ihn nicht den Kopf, aber das Leben kostet. Sehr interessant — auf Ehre . . . Josef Kaplan.

Schalom Asch: Petersburg (Verlag Paul Schönlank, Wien-Berlin.)

Das neueste Werk des Dichters, dieser großangelegte Roman, scheint mir das Reifste zu sein, was er bisher geschrieben hat. Mit der Kunst eines großartigen Gestaltungsvermögens schildert uns Asch das Petersburg von vor dem Kriege, schildert uns seine Juden, die weitab vom Judentume stehen, stets geneigt, die Taufe zu nehmen; schildert uns das Petersburger „Judenmilieu“ mit allem Drum und Dran, das hohle, leere, völlig assimilierte Judentum, wie es dort war und wie es viele von uns noch in Erinnerung haben. Es

ist ein Genuß, dieses Buch; eine Delikatesse für Feinschmecker, die sich den Gaumen an rohem Zeug schon wundergehabt haben. Man liest dieses Werk, das, in sich abgeschlossen, als der erste Teil der Trilogie „Vor der Sintflut“ präsentiert wird, mit größtem Interesse und anhaltender Spannung. Es liegt etwas in diesen Blättern, was wie Medizin wirkt auf „literaturmüde“ Menschen; da steht so vieles geschrieben, das unsere Seele mit-schwingen läßt; da wickeln sich die Dinge so logisch ab, so folgerichtig, so gar nicht erkünstelt und erfunden, daß wir von Seite zu Seite den Autor lieber bekommen.

Einen Handkuß, lieber Schalom Asch — und ein langes, breites Blatt in der jüdischen Literaturgeschichte für deinen wundervollen „Petersburg“!

Und schönen Dank dem begabten Uebersetzer Siegfried Schmitz. Und nun heraus mit den beiden angekündigten weiteren Bänden „Warschau“ und „Moskau“ — wir habens eilig! Josef Kaplan.

Das Dezemberheft der Monatsschrift für Geschichte und Wissenschaft des Judentums enthält eine ganze Reihe von Beiträgen aus den verschiedensten Gebieten jüdischen Wissens — von der Bibelwissenschaft bis zur jüdisch-deutschen Literatur der Gegenwart. Für weitere Kreise wird insbesondere die einleitende Uebersicht über Forschungen zur hellenistischen Literatur von Wert sein. Hier setzt sich der Verfasser, I. Heinemann (Breslau), mit neueren Versuchen auseinander, das Christentum vom Zusammenhang mit seiner Mutterreligion loszulösen und lediglich als organische Fortsetzung der griechischen Kultur aufzufassen. Aber auch Matthias Mises gelehrte Darstellung des Fortwirkens der biblischen Sodomierzählung in

der Weltliteratur und ihrer Umbiegung unter dem Einfluß fremder Sagenmotive darf auf allgemeines Interesse rechnen. Auch unter den besprochenen Büchern sind viele, die nicht bloß den Gelehrten angehen; so Paul Fiebigs Buch über die Umwelt des Neuen Testaments und Vorländers Behandlung von Karl Marx. Man abonniert die Monatsschrift, indem man Mitglied der Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft des Judentums in Berlin wird und den jährlichen Mindestbeitrag von 10 M. an diese Gesellschaft (Postcheckkonto Paul Veit Simon, Berlin 7030) oder an einen der Vertrauensmänner sendet, welche in jedem Heft der Monatsschrift aufgezählt sind.

Teppiche

für jedermann

Unser sensationeller Ausverkauf

beginnt am 15. Januar



Teppich-DREWS
Königsplatz, Ecke

Führertagung des Reichsausschusses der jüdischen Jugendverbände

Seesen, Harz (Ita.). In der Zeit vom 25. bis 31. Dezember 1929 fand in dem vom Reichsausschuß der jüdischen Jugendverbände unterhaltenen Jacobsonheim in Seesen a. Harz eine von den im Reichsausschuß vereinigten Jugendbünden beschickte Führertagung statt. Die diesjährige Tagung konnte teilweise in die Ergebnisse der vor einem Jahre am selben Orte stattgehabten sozialen Woche anknüpfen. Der Geist der Jugendbewegung, vorbildliche Toleranz gegenüber abweichenden Meinungen, schufen eine Stimmung, in der es gelang, auch über Fragen umstrittener Art in Freundschaft und Ruhe zu sprechen.

Dr. Moritz Schweizer-Essen und Edith Cohn-Berlin behandelten ein Gebiet, über das bisher weder zuverlässiges statistisches Material noch überhaupt systematische Vorarbeiten vorliegen; wieweit nämlich heute bereits jüdische Jugend organisatorisch erfaßt ist und welche Möglichkeiten und Schwierigkeiten für eine zukünftige Arbeit in dieser Richtung bestehen. Während Edith Cohn mehr die psychologische Seite dieses Problems beleuchtete, befaßte sich Dr. Schweizer vor allem mit den soziologischen Fragen, wobei er den Vorschlag der Bildung jüdischer „Klubs“ machte. Die Milieubestimmtheit der jüdischen Jugendbewegung schließt besonders die proletarisierten Schichten von der Erfassung aus. Hinzu kommen der Mangel an Freizeit und die Konzentrierung auf Berufsinteressen, die einer Erfassung entgegenstehen.

Edith Cohn versuchte, ausgehend von den besonderen Schwierigkeiten der Familie, aufzuzeigen, daß die Jugendbünde eigentlich nur diejenigen jungen Menschen (Jugend der höheren Schulen) erfassen, deren seelische Situation und deren Stellung im Elternhaus dieser Erfassung entgegenkommen. Die Erfassung der schwerer zugänglichen, in komplizierteren Gesamtsituationen befindlichen Jugendlichen könnte durch vermehrte pädagogische und psychologische Erkenntnisse der Führer ermöglicht werden. Die besonders aktiven Elemente können nur durch eine der Wirklichkeit zugewandte Haltung angezogen werden. Die gesellschaftlichen Fragen, insbesondere Fragen des Schulkampfes und des Sozialismus stehen dabei im Vordergrund.

Als zweites Thema der Tagung stand die Frage der Verwirklichung der Jugendforderungen in der sozialen Arbeit zur Debatte, das von Dr. Hanna Eisefelder und Sieg Hirsch behandelt wurde.

Sieg Hirsch sprach über die Reform der sozialen Arbeit und die Aufgaben der Jugend, deren Mitarbeit noch nicht stark genug ist. Er zeigte auch die Problematik der gesamten Arbeit und ihren Zusammenhang mit der Wirtschaft. Für den gegenwärtigen Moment besonders wichtig und allgemein interessierend war seine Ausführungen über die Jugendpflegegruppen. Aus Referat und anschließender Diskussion ergab sich, daß diese Jugendpflegegruppen, soweit sie eigentliche pädagogische Aufgaben nicht erfüllen können, vor allem den Wert haben, daß sie die Jugendlichen bewahren und pflegerisch betreuen. Es muß danach gestrebt werden, daß diejenigen Jugendlichen, deren Erfassung innerhalb der Jugendpflegegruppen als abgeschlossen angesehen werden kann, entweder in Jugendbünde oder in Berufsorganisationen übergeleitet werden.

Dr. Hanna Eisefelder berichtete zunächst über die Entwicklung in der Fürsorgeerziehungsfrage im letzten Jahre. Sie zeigte weiterhin neue Aufgaben, die sich aus der Praxis ihrer eigenen Arbeit ergeben haben. Z. B. wies sie auf die Dringlichkeit einer Hilfe für isolierte Anstaltskinder hin, da selbst in den bestgeführten Anstalten das Kind den Mangel an Liebesbeziehungen, die es mit einem einzelnen Erwachsenen verbindet, empfindet. Es ist anzustreben, daß möglichst jedes derart isolierte Kind durch regelmäßige Besuche in Verbindung mit einzelnen älteren Menschen, die nicht im Anstaltsleben stehen, gebracht wird, wofür sich ältere Menschen aus der Jugendbewegung sehr gut eignen. Weitere Aufgaben der sozialen Arbeit der Jugendbewegung sind der Besuch von Altersheimen und einzelnen alten Leuten, Erledigung von Besorgungen für diese, Sonderbeschäftigung mit einzelnen Kindern in bedürftigen Familien und Kinderhorten und Übernahme von pflegerischen Schutzaufrichten. — Im Anschluß an dieses Referat wurde in Verfolg der auf der sozialen Woche in Seesen 1928 gefaßten Resolution der Zusammenschluß der beruflichen und nichtberuflichen jüdischen Sozialarbeiter, die der jüdischen Jugendbewegung entweder angehören oder sich mit ihren Bestrebungen zur Erneuerung der jüdischen Wohlfahrtspflege solidarisch erklären, beschlossen.

Dr. Friedrich Brodnitz und Dr. Ernst Bloch behandelten das „soziale Element im Aufbauwerk für Palästina und Rußland“. Der Zusammenhang zwischen diesen Themen und den übrigen Problemkreisen ist darin zu sehen, daß die Fragen einer Reform der sozialen Arbeit im deutschen Judentum unlösbar mit der Gesamtlage des jüdischen Volkes in der ganzen Welt verknüpft ist. Dr. Brodnitz gab in ausführlichen Darstellungen unter Heranziehung und übersichtlicher Gliederung der gesamten Literatur einen Ueberblick über das Aufbauwerk in Polen und Rußland. Er hob hervor, daß man heute auch dort bestrebt ist, die Unterstützten selbst in finanzieller und wirtschaftlicher Hinsicht heranzuziehen und dadurch den Charakter der bloßen philanthropischen Hilfe aufzuheben. Dr. Bloch unterschied zwischen sozialer Arbeit im engeren Sinne und sozialpolitischen Aufgaben des Palästinaaufbaus, zu denen bei-

spielsweise die sich aus der Tatsache des Zusammenlebens zweier Bevölkerungselemente (Araber, Juden) ergebenden Schwierigkeiten der Realisierung von in Europa längst verwirklichten Mindestforderungen wie Abschaffung der Frauen- und Kinderarbeit, von Frühchen usw. gehören. Durch den Zusammenstoß des Orients mit einem europäischen, modern organisierten Arbeiterelement ergibt sich eine gewisse Beunruhigung des Landes, die sich heute auch politisch auswirkt. Eine wichtige soziale Aufgabe ist die Einbeziehung und Produktivierung der orientalischen Juden, die heute noch sich im Anfangsstadium befinden.

Die Diskussion über den Bildungsstand der jüdischen Jugend, über den Dr. Eli Munk und Hermann Gerson referierten, stellt nur den Beginn einer Unterhaltung über dieses Thema dar. Dr. Munk bezeugte sich, den Standpunkt des gesetzestreuem Judentums in seiner Geschlossenheit darzustellen und betonte besonders die Wichtigkeit der jüdischen Schule. Hermann Gerson, der im Gegensatz zu seinem Vorredner von einem subjektiven religiösen Erlebnis ausging, bejahte vom liberalen Standpunkt

aus ebenfalls den Wert der jüdischen Schule, und ging auf die Notwendigkeit einer Reform des Religionsunterrichts ein. Die Diskussion stellte in gewisser Beziehung dann einen Zusammenhang mit den früheren Themenkreisen insofern her, als auf die Frage der Erfassung weiterer Kreise von jungen jüdischen Menschen auch von dieser kulturellen Seite her eingegangen wurde, und die noch unerfüllten Aufgaben der Arbeit der Jugendbünde in dieser Richtung nochmals besprochen wurden.

Die Tagung wurde mit dankbarem Hinweis auf die Unterstützung durch den Herrn Reichsminister des Innern eröffnet. Die Vertreter der Orts- und Landesausschüsse des Reichsausschusses der jüdischen Jugendverbände gaben kurze Berichte über den Stand der Arbeit in ihren Orten. Im Verlauf der Tagung wurden in einer Sonderarbeitsgemeinschaft die Aufgaben der jüdischen Jugendbünde, soweit sie geeignet sind, proletarische Menschen jüdisch bewußt zu machen, diskutiert. Der Erfolg der Tagung ist über das sachliche Ergebnis hinaus vor allem die Interessierung und Heranziehung eines Kreises junger Menschen für wichtige gemeinsame Aufgaben der jüdischen Jugend.

Auch in diesem Jahre wurde die ausgezeichnete Versorgung der Teilnehmer in dem Heim freudig und dankbar anerkannt und trug wesentlich zu dem Gelingen der Tagung bei.

Professor Weizmanns Schlußwort gehalten auf dem Delegiertentag in Jena am 29. Dezember 1929

Was ich zu sagen hatte, habe ich gesagt. Es ist mir etwas zugestoßen, woran ich nicht gewöhnt bin. Ich bin zu populär geworden. Ich hoffe, daß das bald verschwinden wird. Mir wäre es lieber gewesen, wenn Dr. Danziger seine Rede nicht gehalten hätte. Auch die ganze Diskussion über das Parlament hätte wegbleiben können. Die Ausführungen Welsch's habe ich mit gespannter Aufmerksamkeit angehört. Wenn er daraus bloß seine Definition herausgeschält hätte, die er für das Nationalheim gegeben hat, so wären viele Mißverständnisse erspart geblieben. Das Nationalheim des arabischen Volkes liegt in Damaskus und anderswo. Ich weiß nicht, ob das in der Rundschau klar zum Ausdruck gebracht worden ist. Ich möchte ihm aber den guten Rat geben, sich vor seinen Freunden in acht zu nehmen. Ich glaube, daß es falsch ist, Magnes Bergmann und Brith Schalom miteinander zu verwechseln. In diesem Saal ist kein Mensch, der ein Jota der Deklaration und des Mandats hergeben will. Leider gilt dasselbe nicht für Jerusalem. Das schlimmste war, daß, während wir in einer belagerten Festung waren, man Dinge gesprochen hat, die uns ungeheure Schwierigkeiten bereitet haben. Man durfte uns nach 40 Jahren nicht so etwas antun, daß der „Flestin“ schreiben konnte: Mit Bergmann kann man verhandeln, mit Weizmann nicht. Ein solches Vorgehen ist unentschuldigbar. Ich freue mich, sagen zu können, daß in prinzipiellen Dingen zwischen Blumenfeld, Welsch und mir kein Unterschied besteht. Es besteht ein Unterschied in der Emphase und in der Taktik. Ueber die Art und Zeit der Verhandlungen mit den Arabern haben wir keinen freien Willen. Der arabische Standpunkt ist heute der folgende: Sie betrachten Palästina als arabisches Land. Sie wollen es in ein System von Föderationen arabischer Staaten, die vom Euphrat bis zum Indischen Ozean reichen, einbeziehen. Wir sagen: Palästina ist kein ausschließlich arabisches Land und man hätte versuchen sollen ein Wort an das arabische Volk zu richten, daß es das begreife. Es ist verständlich, wenn ein Volk, wie die Juden, aus der Balfour-Deklaration dasselbe herauslesen, wie es der englische Staatsmann Lord Cecil gesagt hat, man darf ihnen nicht den Vorwurf machen, das versteht ihr nicht. Dazu gehören Jahre großen Schmerzes, den wir schnell genug lernen. Den Arabern soll man sagen: Ihr seid aus dem Kriege mit vier Nationalstaaten hervorgegangen. Warum gönnt ihr uns diesen Winkel nicht einmal in der Form, wie wir es wollen? Manche Juden legen der Welt in den Mund, daß sie sagen, wir wollten die Araber unterdrücken. Man soll einem bedrängten Volke nicht diesen schweren Vorwurf machen. Es ist auch nicht richtig, daß wir nicht den Versuch gemacht haben, mit den Arabern zu verhandeln. Schon 1918 haben wir versucht mit den damals einzigen Vertretern der Araber Verhandlungen zu führen. Ich bin zu Fejal gegangen und habe ihm unsere Absichten dargelegt. Ich habe ihm gesagt, ich komme zu Ihnen mit derselben Mission, wie meine Vorfahren zu den Ihrigen vor 4000 Jahren. Er war einverstanden und hat unterschrieben. Er hat es vergessen, ich nicht. Ich habe seine Unterschrift. Als wir 1919 der Friedenskonferenz unsere Wünsche unterbreiteten, war Fejal einverstanden. Dann kamen Umwälzungen in der Welt. Manches ist vergangen, manches ist neu geworden. Aber wir sind nicht ohne den Versuch einer Verständigung mit den Arabern hineingegangen. Wir werden bereit sein zu verhandeln, wenn die Zeit kommt. Ich kann leider auf die schöne Rede meines Freundes Lichtheim nicht eingehen. Ein Gefühl jüdischer Solidarität verbietet mir, ihm Vorwürfe zu machen, oder ihn zu kritisieren. Es ist mir nicht darum zu tun, Pointen über ihn zu gewinnen. Aber ich warne ihn vor einer gewissen wohlgemeinten Leichtfertigkeit. Es kommt nicht darauf an, wie wir das Unterschreiben des Weißbuches bewerten, sondern wie andere es bewerten. Jedes Wort, das wir sprechen, wird übertrieben. Man legt etwas in Ihre Worte hinein, was Sie nicht gemeint haben. Wenn Preedy die Frage gestellt hat: Gibt es einen ge-

mäßigten Zionisten? So hat er das ausgenutzt, was ich aus jüdischer Solidarität nicht tun kann. Ich bin nicht mit einem einzigen Punkte Ihres Programms einverstanden, Herr Lichtheim, aber ich weiß genau, daß das, was Ihnen in die Schuhe geschoben wird, nicht wahr ist. Es ist mir schwer, das alles hier zu sagen. Auch das Wort „Fremdling“, das Aron Barth hier gebraucht hat, ist mit Vorsicht zu gebrauchen. Ich weiß, daß Sie das nicht so gemeint haben, aber es kommt darauf an, wie andere es deuten werden. Aus dem gleichen Grunde muß ich mich wenden gegen das, was Bileski gesagt hat, man müsse die Qualität unseres Nationalheims genau feststellen. Wir sind nicht eine Nation von Eroberern, sondern wir kehren nur in unser Eigentum zurück. Einen anderen Nationalismus hat die Zionistische Leitung niemals vertreten. Preedy kann unseren Nationalismus anzweifeln, nicht wir, nicht Sie! Es war ein großer Tag, eine große Debatte, die ins Tiefste ging. Ich glaube, Sie werden gestärkt aus dem Delegiertentag herauskommen. Sie hat Sie einander näher gebracht, nicht entfernt. Sie haben nicht das Recht, die Freunde, mit denen ich jahrelang die Ehre hatte zu arbeiten, des Pessimismus zu beschuldigen. Wenn man das leistet, was sie-leisten, so ist das kein Pessimismus.

Es war meine traurige Pflicht viele Illusionen zu zerstören, weil ich tagtäglich mit der Wirklichkeit zusammenkomme, weil ich in den letzten sechs Wochen Wirklichkeit gesehen habe, die, wenn ich Sie Ihnen schildern wollte, Sie glauben machen würde, man müßte wirklich ein Held sein, um das zu überlegen. Wir werden auch das überstehen, denn wir sind ein ewiges Volk. Nicht die jeweilige Formel ist der Hauptinhalt, Hauptinhalt ist die Unsterblichkeit des jüdischen Volkes. Die Formel, daß, wenn es keinen Judenstaat mehr gibt, ein jüdisches Volk in Palästina nicht mehr möglich ist, entstammt der Assimilation. Sie ist eine von anderen geborgte Formel. Wir haben trotz erlittener Rückschläge auch Siege gehabt. Heute genießen wir die Achtung der Welt, heute rechnet man mit uns. Ich schließe mit den Worten: Auf bessere Tage, daß diejenigen, die nach uns kommen, nicht die Kämpfe des Messias, die wir durchmachen, haben werden.

(Lang andauernder stürmischer Beifall.)

Das Organ des Großmufti beschlagnahmt. Jerusalem. (Jta.) „Jamea al Arabia“, das offizielle Organ des Moslemitischen Obersten Rates, machte Mitteilungen über eine angebliche jüdische Verschwörung gegen das Leben des Großmufti Hadsch Emin el Hussein. Die Zeitung erzählt eine erfundene Geschichte, derzufolge die Juden für viele Tausende Pfund zahlreiche Araber gedungen haben, damit sie auf den Großmufti ein Attentat verüben. Wenige Stunden nach Veröffentlichung dieser Mitteilung wurde das Blatt nach einer Unterredung, die der Vorsitzende der zionistischen Palästina-Exekutive Harry Sacher mit dem High Commissioner Sir John Chancellor hatte, unverzüglich beschlagnahmt.



Die Bedeutung des zionistischen Delegiertentages

Um die jüdisch-arabische Verständigung

Von Dr. Rudolf Samuel (Breslau)

Dem Delegiertentag, den die Zionistische Vereinigung für Deutschland soeben am 29. und 30. Dezember in Jena abgehalten hat, kommt eine besondere Bedeutung zu, die über die Grenzen der zionistischen Organisation weit hinausreicht. Es war die erste Tagung einer großen zionistischen Landesorganisation nach den Unruhen in Palästina. Es war das erstmalig, daß der Präsident der Zionistischen Weltorganisation und der Jewish Agency vor einem offiziellen Forum öffentlich die Grundlagen der nunmehr durchzuführenden Araberpolitik darlegte. Es war die erste offizielle und öffentliche Diskussion, in der die verschiedenen Anschauungen über die hier vorliegenden Probleme stritten. Zum erstenmal hat ein integrierender Bestandteil der erweiterten Jewish Agency sich selbst Rechenschaft abgelegt und festgestellt, in welcher Richtung er die Politik in der Zukunft gelenkt zu sehen wünscht. Das machte den Delegiertentag zu einer Art Kongressersatz und es soll deshalb an dieser Stelle über ihn berichtet werden. Das ist um so nötiger, als auch in den nichtzionistischen Teilen der Jewish Agency die gleichen Probleme in absehbarer Zeit akut werden müssen.

Unter den Zionisten und wahrscheinlich auch unter Nichtzionisten, die das Palästinawerk und die Politik der Leitung der Jewish Agency mit beeinflussen, gibt es heute im großen und ganzen drei verschiedene Anschauungen über die zukünftige Gestaltung der arabischen Politik. Die eine wird repräsentiert durch eine Minorität innerhalb der zionistischen Weltorganisation, die vermutlich auf der anderen Seite der Jewish Agency wenig Anhänger haben dürfte. Es sind das die Gruppen, die mehr oder minder unter dem geistigen Einfluß des Revisionismus stehen und für die jedenfalls der Revisionismus der klarste und prägnanteste Wortführer ist. Ihre Meinung grenzt sich von den beiden anderen Anschauungen dadurch ab, daß sie ein anderes Endziel als jene besitzt. Für sie ist das Ziel der jüdischen Kolonisation in Palästina nicht erreicht, wenn dort ein nationales Heim der Juden in dem Sinne errichtet wird, den die offizielle Interpretation der Mandatarmacht und des Völkerbundes angibt. Selbstverständlich wollen auch sie nicht die arabischen Einwohner Palästinas unterdrücken, selbstverständlich will auch ihre politische Konzeption den Arabern nationale Autonomie in vollem Umfang des Wortes einräumen, aber sie hoffen doch darauf, daß Palästina in jenen fernen Zeiten, in denen die Juden die Majorität der Bewohner sind, auch in seiner staatsrechtlichen und politischen Beziehung ein vorwiegend jüdisches Land wird. Dieses Ziel — sagen wir schlechthin der Judenstaat im vollen Sinne des Wortes — beeinflußt natürlich auch ihre gegenwärtige politische Haltung. Sie befürchten, daß die Politik der Verständigung mit den Arabern jetzt soweit getrieben werden könnte, daß sie die Jewish Agency in einer Weise festlegt, die später nicht wieder rückgängig gemacht werden könnte.

Die beiden anderen Meinungen stimmen darin überein, daß sie das Ziel im binationalen Staat erblicken. Sie wollen eine Verfassung Palästinas anstreben, die den Arabern und den Juden gleiche Rechte in ihrer nationalen und kulturellen Entwicklung bieten. Keines von beiden soll den anderen beherrschen. Weder sollen die Juden nur nationale Autonomie in einem arabischen, noch die Araber nur dieses Recht in einem jüdischen Staate genießen. Weder sollen die Araber das Kolonisationswerk der Juden stören, solange diese eine Minorität sind, noch sollen sie von den Juden auf einen zweiten Platz verwiesen werden, wenn diese zur Majorität gelangen. Wenn auch hier noch nicht darauf eingegangen werden soll, was dieser politische Grundsatz in staatsrechtlicher Hinsicht bedeutet und welche Folgen er für die aktuellen politischen Probleme des Augenblicks besitzt, so ist doch ohne weiteres klar, daß die Politik der Verständigung mit den Arabern auf dieser Basis eine größere Aussicht auf Erfolg besitzt, als auf der Grundlage des Judenstaates. Ein Verfassungsentwurf, ein konkreter Versuch der Verständigung mit den Arabern könnte im Rahmen dieser politischen Grundanschauung der Welt beweisen, daß die Jewish Agency bereit ist, alle überhaupt nur denkbaren berechtigten Wünsche der Araber zu schützen, daß die Juden nicht als Eroberer — um mit den Worten Dr. Magnes', des Kanzlers der Hebräischen Universität, zu sprechen — „nicht auf dem

Wege des Josua, sondern auf Wegen des Friedens, der Kultur und der Arbeit“ in ihre alte Heimat zurückkehren. Ein solcher Versuch der Verständigung würde mit der Stellungnahme des Völkerbundes übereinstimmen und würde deshalb die dort etwa vorhandenen Schwierigkeiten beiseiteräumen und der Jewish Agency nach wie vor die Sympathien der fortschrittlichen Welt erhalten. Er wäre selbst wenn er in diesem Augenblick auf die Ablehnung des arabischen Partners stoßen würde, dazu angetan, dem friedfertigen arabischen Fellachen und Kaufmann von der Friedfertigkeit der Juden zu überzeugen und könnte den arabischen Hetzern in demselben Maße den Wind aus den Segeln nehmen, wie ihre Politik sich als erfolglos beweist und das Angebot der Juden offen bleibt.

Die Anhänger dieser Verständigungspolitik auf der Grundlage eines binationalen Staates zerfallen jedoch in zwei Gruppen. Sie unterscheiden sich in den Fragen der Taktik. Die eine von ihnen, die wohl in diesem Augenblick die herrschende im palästinensischen Judentum sein dürfte, ist der Meinung, daß die Verständigung mit den Arabern ein sehr langsamer Prozeß ist. Am klarsten und deutlichsten hat das Dr. Beilinson, der Redakteur der palästinensischen Arbeiterzeitung „Dawar“, in seinen Artikeln vom 16. und 22. Oktober zum Ausdruck gebracht. Man könnte diese Meinung auf die Formel bringen, daß die Verständigung mit den Arabern erst im Verlauf oder nach einer Europäisierung der feudalistischen Wirtschaftsordnung und damit auch des sozialen Lebens der Araber möglich ist. Die andere Anschauung sieht die Schwierigkeiten, die der augenblickliche Status der palästinensischen Araber macht, gleichfalls. Aber sie sieht auch voraus, daß dieser Prozeß der Europäisierung eine, an den aktuellen Bedürfnissen des Aufbauwerkes gemessen, unendlich lange Zeit, zum mindesten mehrere Jahrzehnte, in Anspruch nehmen wird. Sie glaubt daher, daß der augenblicklichen politischen Situation mit diesem Programm nicht gedient ist, wenn es nicht durch eine Politik der aktiven Verständigung ergänzt wird, zu der die Initiative, wenn auch nicht in dieser Woche, so doch bereits in den nächsten Monaten, von der Jewish Agency ausgehen muß. Sie will den Standpunkt der jüdischen Politik jetzt schon klären, damit eine politische Meinung der Juden vorliegt, damit die Jewish Agency gerüstet ist in dem Augenblick, in dem der Bericht der englischen Untersuchungskommission den Anstoß dazu gibt, daß die grundsätzlichen Fragen und die aktuellen Probleme, darunter das der Selbstverwaltung Palästinas, auf neue angereuert werden. Diese Anschauung hat ihre hauptsächlichsten Vertreter in Deutschland. Der deutsche Zionismus und vornehmlich sein zentrales Organ, die „Jüdische Rundschau“, haben sie in den letzten Wochen immer wieder vertreten und sind immer wieder deshalb angegriffen worden. So mußte dieser Delegiertentag eine grundsätzliche Klärung der Probleme herbeiführen.

Prof. Weizmann hat klar zum Ausdruck gebracht, daß er im Gegensatz zu den Judenstaaten und mitten zwischen den beiden zuletzt genannten Gruppen steht. Ihr Programm des binationalen Staates ist auch das seine, die Instruktion, die er nach Palästina sandte und die er der Tagung vorlegte, zeigt deutlich, daß er eine andere Politik nicht für möglich hält. Er glaubt auch nicht, noch Jahrzehnte warten zu können, aber er ist auch noch nicht zu der Beschleunigung bereit, die die Vertreter der aktiven und baldigen Verständigungspolitik wünschen. Wer sich, wie wir, mit dieser Anschauung identifiziert, wird erwarten dürfen, daß auch der Präsident und politische Leiter der Jewish Agency so, wie schon in diesem Augenblick, auch dann praktisch in diesem Sinne arbeitet, wenn die heranführende politische Aussprache mit der Mandatarmacht es unabwiesbar verlangt. Am aufschlußreichsten war vielleicht die Stelle seines Schlußwortes, in der er den Vertretern der aktiven Verständigungspolitik zu bedenken gab, daß man auch die Juden erst auf diesen politischen Kurswechsel vorbereiten müsse, ehe man ihn vornimmt.

Die Tagung war von allen zionistischen Parteien beschickt. Von den 149 stimmberechtigten Delegierten verfügten die Fraktion der Allgemeinen Zionisten über 57, die der Hitachduth und sozia-

listischen Zionisten über 35, der Misrachi über 25, die Gruppe der unabhängigen allgemeinen Zionisten über 14, die Revisionisten über 12 und die Radikalen über 6. Die beiden ersten stärksten Parteien standen als die Vertreter der Verständigungspolitik und der Konzeption des binationalen Staates auf der einen Seite, gegenüber der Opposition, die sich aus sämtlichen anderen Gruppen zusammensetzte. Nach einer ausgiebigen, mehrstündigen Diskussion brachte Kurt Blumenfeld eine Resolution namens der allgemein-zionistischen und der sozialistischen Fraktion ein, die aus fünf Punkten bestand. In ihr wurde als Wichtigstes die aktive Unterstützung der Mandatsregierung gefordert, ferner die entscheidende Bedeutung betont, die der eigenen jüdischen Siedlungsarbeit im Lande auch in politischer Hinsicht zukommt und schließlich grundsätzlich eine aktive Verständigungspolitik verlangt, bei der allerdings die Führung der Verhandlungen ausschließlich in den Händen der Jewish Agency bleiben muß. Diese Resolution wurde (mit 83 gegen 53 Stimmen) angenommen. Schon in ihr wird klar zum Ausdruck gebracht, daß der deutsche Zionismus sich in seiner Mehrheit hinter diejenigen seiner Vertreter stellt, die in den letzten Wochen wegen ihrer verständigungsreifen Haltung das Ziel zahlreicher Angriffe waren. Ihre besondere Beschreibung bekommt die Resolution aber noch dadurch, daß eine Reihe von anderen Anträgen abgelehnt wurden. Darunter befand sich ein Mißtrauensvotum gegen die Leitung der „Jüdischen Rundschau“, die seit Monaten und seit Jahren das Programm des binationalen Staates vertreten hat, ferner eine Resolution, die u. a. verlangte, jegliche neue politische Zielsetzung zu verwerfen und also am Judenstaate festzuhalten. Sie wurden ebenso abgelehnt wie ein Amendement, das bei dem Punkt der Verhandlungen mit den Arabern die Worte „zu geeigneter Zeit“ einschließen wollte.

Es ist wahr, was Prof. Weizmann in seinem Schlußwort betonte. Die Juden haben zuviel in die Balfour-Deklaration hineingelesen. Manche Illusion muß zerstört werden, gerade wenn man die Schwierigkeiten hinwegräumen will, die das arabische Problem dem Werk der Jewish Agency noch bereitet. Der deutsche Zionismus hat seinen Standpunkt mit erfreulicher Eindeutigkeit festgelegt. Es ist zu hoffen, daß von dieser Tagung ein Anstoß ausgeht zur Selbstbesinnung. Noch immer war die politische Atmosphäre mit Spannungen überladen, noch immer herrschten bei vielen jene Instinkte vor, die durch die Unruhen in Palästina geweckt waren. Noch hatten sich diese Gefühle nicht gelegt, und der Beweis dafür ist darin zu erblicken, daß man die besonnene und illusionsfreie Haltung gerade des deutschen Zionismus mit Hoffnungslosigkeit und Defaitismus verwechselte. Auch dort, wo diese Worte gebraucht werden, wird sich unter dem Druck der Notwendigkeiten in den nächsten Wochen ein Umschwung der politischen Anschauung vollziehen. Dem deutschen Zionismus kommt das Verdienst zu, in dieser Hinsicht befreiend gewirkt zu haben. Erst wenn Mißverständnisse, Schlagworte und gefühlsmäßige Einstellungen beseitigt sind, kann man in Ruhe daran gehen, über die wirklichen konkreten Probleme zu sprechen. Sie vorauszu sehen und ihre Lösung zu versuchen, ist die Aufgabe der nächsten Wochen, die noch verstreichen, bis der Bericht der Untersuchungskommission veröffentlicht wird. In diesem Augenblick muß die Jewish Agency ein Programm der arabischen Politik entwickeln, das das jüdische Siedlungsnetz in Palästina für alle voraussehbaren Zeiten sichert. Darüber, was ein solches Programm bedeutet (und auch was es nicht bedeutet), soll hier demnächst gesprochen werden.

Jeder Herr

will sich rasch und gründlich rasieren. Er fest deshalb dem Rasierwasser eine Meißeripige „**Extraparfümiert Kaiser-Borax**“ zu, der das Rasieren ungemein erleichtert, die Schaumbildung fördert, lästiges Brennen während und nach dem Rasieren verhindert und die Haut elastisch und glatt werden läßt. Die köstliche Parfümierung trägt dazu bei, das Präparat nie wieder zu mischen. — Zu haben in allen einschlägigen Geschäften. Verlangen Sie gratisprobe und Prospekt mittels dieser Anzeige. — **Heinrich Mack Nachf., Alm a. D.**

Am Montag, dem 13. Januar 1930, abends 8.30 Uhr, spricht im Großen Festsaal des Central-Theaters, Eingang Gottschedstr.

Herr Dr. Nahum Goldmann, Berlin

über **Das Judentum nach dem Kriege**

Zionistische Vereinigung Leipzig

Ehrungen für Eduard Bernstein

Berlin. Der greise Vorkämpfer des Sozialismus Eduard Bernstein war aus Anlaß seines achtzigsten Geburtstages, der auf den 6. Januar fiel, Gegenstand der Verehrung und Huldigung seitens der breiten sozialistischen Massen Berlins, der Führer der Sozialdemokratie und der Regierungskreise. Sein Heim in der Bozener Straße in Schöneberg verwandelte sich in einen Blumengarten. Der Sozialdemokratische Parteivorstand, Redaktion des „Vorwärts“, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion und zahllose befreundete Verbände ließen durch Abordnungen ihre Wünsche für den Jubilar aussprechen. Von nah und fern liefen ununterbrochen telegraphische und briefliche Glückwünsche ein. Im Berliner Rundfunk gedachte am Sonntag Reichstagspräsident Loebe des Tages in einer feinsten empfindenen Rede, in der er Eduard Bernstein, dessen Freund und Schüler er sich nannte, als Wissenschaftler, als Politiker und vor allem als Kämpfer würdigte. Von seiner Vornehmheit der Gesinnung sollten alle jene lernen, die den politischen Kampf als verrohend und charakterverderbend hinzustellen pflegen. Reichsarbeitsminister Wissell beglückwünschte Bernstein in einem in herzlichen Worten gehaltenen Schreiben.

Am Sonntag abend brachte die Schöneberger Parteiorganisation in Verbindung mit der Arbeiterjugend dem Jubilar einen Fackelzug, der durch das Bayernviertel nach der Bozener Straße zog, wo Tausende von Menschen die anmarschierenden Massen erwarteten. Eduard Bernstein stand auf seinem Balkon. Frohe Begrüßungen aus der Menge wechselten mit Hochrufen auf den alten Führer. Reichstagsabgeordneter Wendt hielt eine Ansprache an den Jubilar, der bewegt für die Ehrung dankte. Die Abteilung Schöneberg der Sozialistischen Arbeiterjugend hat Eduard Bernstein um die Genehmigung ersucht, in Zukunft den Namen Gruppe „Eduard Bernstein“ führen zu dürfen.

Am Montag versammelten sich auf Einladung des Parteivorstandes der Sozialdemokratie die Mitglieder der Parteibehörden und der Reichstagsfraktion in den vom Reichstagspräsidenten Paul Loebe zur Verfügung gestellten Räumen, um den 80. Geburtstag Eduard Bernsteins zu feiern. Der Reichskanzler Hermann Müller hielt eine Ansprache an den Jubilar, in der es hieß: „Ihr Wirken an der Spitze der Partei gehört der Geschichte an, deren Urteil Friedrich Engels in den ehrenlichsten Worten der Anerkennung für Ihre Arbeit gesprochen hat. Mit Stolz können Sie auf Ihre sechzig Kampffahre in der Politik zurückblicken. Sie haben Großes leisten können, weil Sie Zeit Ihres Lebens ein politischer Charakter gewesen sind.“ Der Reichskanzler schloß mit dem Ruf: „Auf Wiedersehen bei Ihrem 90. Geburtstag!“ Eduard Bernstein hielt eine längere Antwortrede, in der er erklärte, Stolz war bei ihm nie eine hervorragende Eigenschaft, Heldentum war seine Arbeit nicht, aber Entschlossenheit und Begeisterung habe er stets für die Idee des Sozialismus aufgebracht. Heute ist die Sozialdemokratie eine mächtige Partei. Ich hoffe, schloß er, so lange ich noch zu leben habe, werde ich kräftig bleiben, um gemeinsam mit euch zu kämpfen für unsere große Partei!

Die sozialistische Fraktion der französischen Kammer sandte an Eduard Bernstein ein Huldigungstelegramm.

Bürgermeister Scholtz namens des Berliner Magistrats und Stadtverordnetenvorsteher Haß namens der Stadtverordnetenversammlung sprachen Eduard Bernstein die Glückwünsche der Stadt Berlin aus.

Politische Resolution des Jenaer Delegiertentages

Berlin. Die vom Jenaer Delegiertentag der ZVfD. mit 82 gegen 53 Stimmen bei 8 Enthaltungen angenommene Resolution Blumenfelds lautet:

1. Das Fundament jeder zionistischen Politik ist der unzerstörbare Lebenswille des jüdischen Volkes, ihr notwendiges Ziel die Errichtung der nationalen im Palästina-Mandat anerkannten öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte.

2. Zur Durchführung dieser Politik verlangen wir nicht nur, daß in Zukunft unter allen Umständen Schädigungen des Aufbaus der Heimstätte durch die Regierung vermieden werden, wie sie in der Vergangenheit aus Gleichgültigkeit oder Nachlässigkeit oder aus verständnisloser Abneigung gegen unsere Sache entstanden sind, sondern wir fordern die aktive Unterstützung der Mandatarmacht, zu deren Gewährung sie durch das Mandat verpflichtet ist und die sie bisher in hohem Maße vorenthalten hat.

3. Der Erfolg unserer Politik beruht entscheidend auf der eigenen Leistung des jüdischen Volkes. Daher bietet der Zusammenschluß des Gesamtjudentums in der Jewish Agency für unser Werk eine neue bedeutende Chance, die durch die Kraft und das Wachsen der zionistischen Organisation zu einer Verbreiterung unserer politischen und wirtschaftlichen Basis geführt werden muß.

Schon heute ist unsere Position in Palästina und die Stärke des Jischuw eine zuverlässige Stütze für die Durchführung unserer nationalen Politik. Unser Recht, in vollkommener Freiheit in das Land einzuwandern, darf nicht angetastet werden. Die volle Verwirklichung unserer Hoffnungen auf eine Wiedergeburt des jüdischen Volkes in Erez-Israel erfordert das ständige sichtbare Wachsen unseres Aufbauwerkes. Auf die Förderung und Unterstützung der Chaluzbewegung ist besonderer Wert zu legen.

4. Die zionistische Bewegung wünscht mit dem arabischen Volk in Eintracht und in gegenseitiger Achtung zu leben und zusammen mit ihm die gemeinsame Heimat in ein blühendes Gemeinwesen umzuwandeln, dessen Aufbau allen seinen Bevölkerungsteilen ungestörte nationale Entwicklung sichert (Resolution des 12. Zionistenkongresses). In diesem Geiste soll die zionistische Organisation eine aktive planmäßige, die Errungenschaften des

Herrenhüte
JULIUS MÜLLER
Mützen-
Fabrik



Leipzig/Peters-Str. 30
u. Gohlis/Hallische Str. 87-89

Mandats dem Wortlaut und dem Geiste nach sichernde Politik der Verständigung mit dem arabischen Volke aufnehmen, durch welche die der Schaffung der Nationalen Heimstätte entgegenstehenden Hindernisse auf friedlichem Wege beseitigt werden sollen. Politische Verhandlungen liegen ausschließlich in den Händen der Executive.

Ein von Dr. Halpern eingebrachtes Amendement, das im Absatz über die Araberpolitik die Worte „zur geeigneten Zeit“ einschließen wollte, wurde abgelehnt.

Aus aller Welt

Ende Januar Tagung des Präsidiums in Berlin
London. Das Präsidium des Weltverbandes des liberalen Judentums hat beschlossen, die dritte Weltkonferenz des liberalen Judentums für den Monat Juli 1930 nach London einzuberufen. Die erste liberale Weltkonferenz, in der die Errichtung des Weltverbandes beschlossen wurde, fand 1926 in London, die zweite Weltkonferenz, in der die Gründung des Weltverbandes vollzogen wurde, fand 1928 in Berlin statt.

Am 28. Januar d. J. findet in Berlin eine interne Sitzung des Präsidiums und Hauptvorstandes des Weltverbandes für liberales Judentum statt. An der Sitzung werden Führer des liberalen Judentums aus Deutschland, England und den anderen Ländern teilnehmen.

Hauptversammlung der Vereinigung für das liberale Judentum in Breslau

Berlin. Am 1. und 2. Februar 1930 findet in Breslau die Ordentliche Hauptversammlung der Vereinigung für das liberale Judentum in Deutschland statt. Das Programm ist folgendes:

Sonnabend, den 1. Februar, vormittags 9,30 Uhr: Festgottesdienst in der Neuen Synagoge, die Festpredigt wird Gemeinderabbiner Dr. Hermann Vogelstein halten. Nachmittags 4 Uhr Gesamtvorstandssitzung, anschließend Hauptversammlung (geschäftliche Sitzung der Delegierten) mit der folgenden Tagesordnung: 1. Eröffnung und Ansprache des Vorsitzenden Herrn Rechtsanwalt Heinrich Stern. 2. Geschäftsbericht des Generalsekretärs Herrn George Goetz. 3. Finanzbericht. 4. Entlastung des Vorstandes. 5. Neuwahl des Gesamtvorstandes. 6. Neufestsetzung des Beitrages. 7. Generalaussprache. 8. Anträge und Verschiedenes.

Sonntag, den 2. Februar: Öffentliche Tagung des Hauptvorstandes. Die Eröffnung findet vormittags 10 Uhr statt. Rabbiner Dr. Cäsar Seligmann (Frankfurt a. M.) hält das erste Hauptreferat: „Das Judentum als Weltreligion.“ Das zweite Hauptreferat ist dem Thema „Religion und Wirt-

schaft, Lebensnähe der Religion“ gewidmet; der Name des Referenten wird noch bekanntgegeben werden. Am Nachmittag, 3,30 Uhr, findet eine Aussprache der Delegierten über die Referate des Vormittags statt. Abends 8,15 Uhr große öffentliche Kundgebung des Liberalen Vereins der Synagogengemeinde Breslau. Sämtliche Veranstaltungen finden in der Spinoza-Loge am Reichspräsidentenplatz 9 statt, bis auf die öffentliche Kundgebung am Sonntag abend, deren Ort und Programm noch bekanntgegeben werden.

Das erste jüdische Museum in Italien. Rom. (Jta.) Am Sonntag, dem 5. Januar, wurde in Livorno das „Museum der jüdischen Nation“, das erste jüdische Museum in Italien, eingeweiht. Es enthält Objekte und Dokumente über die Geschichte der Juden in Spanien, Portugal und Italien und ist sehr reich an Kunst- und Kultobjekten. Es ist in den Räumen des alten Rabb. Gerichtes untergebracht.

Nahum Sokolow beim Außenminister Zalesky. Warschau. (Jta.) Der Präsident der zionistischen Weltexekutive Nahum Sokolow besuchte in Begleitung des Präsidenten der Warschauer jüdischen Gemeinde, Sejmdeputierten Farbstein, den Minister des Außenwesens Zalesky und unterhielt sich mit ihm dreiviertel Stunden lang über aktuelle Fragen des Zionismus. Sokolow sprach die Hoffnung aus, daß die polnische Regierung auch in Zukunft die zionistischen Postulate vor dem internationalen Forum unterstützen wird. Minister Zalesky zeigte großes Interesse für die Einzelheiten der zionistischen Politik und versprach, daß die polnische Vertreterschaft im Völkerbund den Zionismus nach Kräften unterstützen wird.

Rabbi Victor Schoenfeld in London gestorben. London. (Jta.) Nach längerer Krankheit verstarb in London Rabbi Dr. Avigdor (Victor) Schoenfeld, Rabbiner der Adass Jisroel-Synagoge und Begründer der Union orthodoxer jüdischer Kongregationen in England. Er war ein Schüler des berühmten Rabbi Bunem Schreiber (Schewet Sofer) in Preßburg und studierte an den Universitäten Budapest, Wien und Gießen. Er war ein begeisterter Anhänger von Samson Raphael Hirsch und begründete die Religionschulen „Jessodej Hatorah“ und die Jugendgemeinschaft „Chewrah Ben Sakaj“. 1920 und 1921 war er Inspektor des Misrachschulwesens in Palästina, kehrte aber dann nach London zurück und begründete die orthodoxen Kongregationen, zu deren geistigem Haupt er 1927 gewählt wurde. An seinem Begräbnis nahmen Tausende von Juden und Hunderte Nichtjuden teil.

Eine eigene Regierungskommission soll die Jüdische Biro Bidschan-Kolonisation leiten. Moskau. (Jta.) Die Regierungskommission für jüdische Landansiedlung (Komzet) hat entschieden, daß die Besiedlung des Biro-Bidschan-Gebietes durch Juden und seine industrielle Entwicklung von nun ab durch eine besondere zu diesem Zweck zu schaffende Regierungskommission geleitet werden soll. Diese Entscheidung wurde, wie der Ita-Korrespondent erfährt, nach einer längeren Besprechung mit dem Präsidium der Gesellschaft für jüdische Kolonisation (Ozet) getroffen, in der von der Notwendigkeit einer Reorganisation der Arbeit in Biro Bidschan ausgegangen worden war. Dem zu schaffenden unabhängigen Regierungsorgan, das nach den Instruktionen von Komzet die Tätigkeit in Biro Bidschan leiten wird, sollen auch Vertreter von Ozet angehören, wie aus Kreisen des Ozet mitgeteilt wird. Von Komzet wurde auch die Notwendigkeit betont, sobald als möglich Biro Bidschan als unabhängiges Gebiet innerhalb des fernöstlichen Distrikts zu erklären. Das Verwaltungssystem von Komzet selbst erfährt ebenfalls eine Reorganisation. An die Spitze von Komzet tritt nunmehr ein fünfgliedriges Sekretariat, dessen Vorsitzender der jüdische Kommunistenführer Mereschin ist. Die Umbildung der Komzet-Verwaltung berührt nicht die Stellung des Vizepräsidenten der Sowjetunion Peter Smidowitsch als Präsidenten der Gesellschaft. Die Gerüchte von seinem Rücktritt als Präsident des Komzet entbehren jeder sachlichen Grundlage. Diese Gerüchte stehen im Zusammenhang mit den gegen ihn im Organ der jüdischen Kommunisten „Emess“ erhobenen Angriffen wegen seiner Aktion zur Verlegung des „Kollektivierungstages“ für die jüdischen Kolonisten, weil er mit Jom Kippur zusammenfiel.

Sacher politische Vor seine London h Palästina-eine Unte Sacher fä seiner An wiß, ob e das politis wieder üb übertrager führt, an

Kredith Safed. J e Palästina-Triumvira-fonds ang tär des a und eben ten eine aus den N für Anlei worden s während ren Hoo Besuch g aufbaupr gemacht name d

An das **Postamt** Hier

Hiermit bestelle ich die einmal wöchentlich erscheinende Zeitung

Allgem. Jüdisches Familienblatt
Postauflage Leipzig

zum Vierteljahrspreis von 2.40 M. zuzüglich Bestellgeld.

Name:

Ort:

Straße:

Bitte ausschneiden

und unfrankiert in den Briefkasten werfen.

Aus der jüdischen Welt

Wieder eine Friedhofsschändung. Nürnberg. (JtA.) Wie aus Nürnberg gemeldet wird, wurde auf dem israelitischen Friedhof in Gunzenhausen bei Ansbach eine neue Friedhofsschändung entdeckt. Man fand achtzehn zertrümmerte Grabsteine. Die Täter konnten noch nicht gefaßt werden. Auf ihre Ergreifung ist eine Belohnung von 500 Mark ausgesetzt.

Verstärkung der britischen Polizei in Palästina. Jerusalem. (JtA.) Der Kommandant der palästinensischen Polizeimacht Major Saunders hat sich nach London begeben, um die Rekrutierung weiterer 200 britischer Polizisten zu überwachen, durch die evtl. die gegenwärtige Stärke der britischen Polizei in Palästina von 550 Mann auf 750 erhöht werden soll.

Zahlung der Entschädigungen im Februar. Jerusalem. (JtA.) Einer Meldung der Tel Aviver Tageszeitung „Haarez“ zufolge soll mit der Auszahlung der Entschädigungssummen für die während der Unruhen zu Schaden gekommenen im Februar begonnen werden. Die meisten Gesuche um Entschädigung sind bereits nachgeprüft worden.

Dr. Aron Mazie gestorben. Jerusalem. (JtA.) Freitag um Mitternacht verstarb plötzlich im Alter von mehr als 70 Jahren der Kolonisten-Pionier, Arzt und Gelehrte Dr. Aron Mazie. Er lebte länger als 50 Jahre in Palästina. Herzl traf ihn während seiner Palästina-Reise im Jahre 1898 in Richon le Zion, wo er damals Arzt war, und erwähnt ihn in seinen Tagebüchern. Dr. Mazie arbeitete an einem hebräischen Wörterbuch der medizinischen Terminologie und war Mitglied des Waad Hallaschon (der wissenschaftlichen Kontroll- und Anregungskommission für die hebräische Sprache). Er war auch ein sehr erfolgreicher Orangenzüchter.

Lord Balfour beendet die Niederschrift seiner Memoiren. London. Wie die JtA. erfährt, befaßt sich Lord Balfour gegenwärtig intensiv mit der Niederschrift seiner Autobiographie, die er in kurzer Zeit zu beenden hofft. Der Gesundheitszustand des greisen Staatsmannes und Philosophen hat sich in der letzten Zeit stark gebessert. Der Korrespondent des „Daily Mail“ teilt mit, Freunde Balfours erklären, daß Lord Balfours geistige Frische nichts zu wünschen übrig läßt; sein Gedächtnis ist staunenswert, es gibt nichts in seinem Lebenslauf, das ihm nicht in vollster Klarheit und in weitester Vollständigkeit gegenwärtig ist.

2575 jüdische Familien der Ukraine sollen 1930 auf dem Lande angesiedelt werden. Moskau. (JtA.) Aus der Veröffentlichung des Arbeitsplans des ukrainischen Komzet geht hervor, daß 2575 jüdische Familien der Ukraine im Laufe des Jahres 1930 in der Krim und in Biro Bidschan landwirtschaftlich angesiedelt werden sollen. 1375 Familien sollen davon in der Krim angesiedelt werden und 1200 in Biro Bidschan. In der Ukraine selbst ist jetzt kein freier Boden zur Besiedlung durch jüdische Kolonisten vorhanden.

Sacher nach London abgereist — Wird er das politische Ressort behalten? Jerusalem. (JtA.) Vor seiner am 5. Januar erfolgten Abreise nach London hatte der Vorsitzende der Zionistischen Palästina-Exekutive Harry Sacher am Freitag noch eine Unterredung mit dem High Commissioner. Sacher fährt nach London, um dort Weizmann vor seiner Amerikareise zu treffen. Es ist noch ungewiß, ob er nach seiner Rückkehr nach Jerusalem das politische Departement der Palästina-Exekutive wieder übernehmen wird, das ihm für drei Monate übertragen wurde und nun, falls er es nicht weiterführt, an Colonel Kisch zurückfällt.

Kredithilfe für die geschädigten Kaufleute von Safed. Jerusalem. Das Mitglied der zionistischen Palästina-Exekutive Colonel Kisch, der auch dem Triumvirat der Verwaltung des Palästina-Hilfsfonds angehört, und Dr. Maurice B. Hexter, Sekretär des amerikanischen Teiles der Jewish Agency und ebenfalls Mitglied des Triumvirats, informierten eine Deputation von Kaufleuten in Safed, daß aus den Mitteln des Palästina-Hilfsfonds 6000 Pfd. für Anleihen an geschädigte Kaufleute bestimmt worden sind. Colonel Kisch und Dr. Hexter waren während ihrer Anwesenheit in Safed von den Herren Hoofien, Mohl und Paaßman begleitet. Der Besuch galt dem Studium des gesamten Wiederaufbauproblems von Safed. Es sind Anstrengungen gemacht worden, für den Wiederaufbau die Teilnahme der Regierung zu gewinnen.

Ostjuden - Achtung in deutsch-jüdischen Gemeinden. Berlin. Unter dem Titel „Achtung“ schreibt das Organ des Verbandes ostjüdischer Organisationen in Deutschland „Jüdische Welt“ u. a.: Die Jüdische Gemeinde Hannover versperrt den Ostjuden ihre Tore, bedauert, sie nicht ausweisen und nach Polen zurückjagen zu können und verfolgt sie mit Schmähungen, während die Gemeinde Köln die Herabwürdigung brieflich erledigt. Die Chewra Kadischa in Dresden weist 26 Ostjuden, die ihr beitreten und bei jüdischen Liebeswerken helfen wollen, zurück, weil sie Ostjuden sind. In Leipzig drohen prominente Liberale mit dem Austritt aus der Gemeinde, falls man den Ostjuden die Gleichberechtigung gewähre. In Duisburg werden die Ostjuden bei Wohlfahrtsgründungen geschlossen boykottiert und die einst-

mals heilige Kehillah Mainz, die „Tochter Zions“, in der früher — wie es in ihrem Memorbuch heißt — „alle Juden im Leben verbunden waren und im Tode nicht getrennt wurden“, verweigert in ihrem kürzlich erlassenen Statut den Ostjuden alle Rechte. Seit Jahrzehnten sieht das offizielle Judentum diesem Treiben mit verschränkten Armen zu. Wann wird an Stelle der Achtung Achtung treten?

Nahum Sokolow auf der Konferenz von Hitachduth in Polen. Warschau. (JtA.) Bei Anwesenheit von 110 Delegierten aus 64 Städten und zahlreichen Gästen wurde die vierte Konferenz der zionistischen Arbeitspartei „Hitachduth“ in Polen eröffnet. Der Vorsitzende, Joseph Lew, betonte die Notwendigkeit der Verstärkung der chaluistischen Richtung in der Partei. Er begrüßte die verfolgten Zionisten in Rußland. Der frühere Bürgermeister von Tel Aviv, Herr Bloch-Blumenfeld, trat für verstärkte Alijah ein und

forderte zum Protest gegen die beschränkte Ausgabe von Einwanderungszertifikaten seitens Englands auf. Der Vertreter der jüdischen Arbeiterschaft in Palästina, Neustadt, schilderte das zionistische Arbeiterwerk. Es folgten Begrüßungen der großen zionistischen Organisationen und Institutionen. In das Präsidium wurden gewählt Abg. Dr. M. Gordon, Dr. M. Rosenbusch und Dr. Terlo. Den Bericht des Zentralkomitees erstattete Herr Levy. A. Barski (Petach Tikwah) referierte über Hechaluz und Aliah, Goldberg über die „Gordonia“-Bewegung in Polen. Mit der Hauptausprache war die zweite Sitzung ausgefüllt. Die dritte Sitzung erhielt ihren Glanz durch die Anwesenheit des Präsidenten der Zionistischen Exekutive Nahum Sokolow, der in einer längeren hebräisch gesprochenen Rede die Haltung der Arbeiterschaft Palästinas während der Unruhen als besonnen, würdig und verantwortungsbewußt wertete. Wäre ich jünger, schloß Sokolow, ich würde der Arbeiterpartei in Palästina beitreten.

Gemeindesitzung

vom 7. Januar 1930

Das durch die Wahl am 1. Dezember neugestaltete Gemeindeparlament trat am 7. Januar seine Amtsperiode an. Statt Dr. Halberstamm, Strauß, Neumann und Frau Felsenstein, sind Kestenbaum, Pfefferblüh, Benno Stern und Dr. Zandler in die Gemeindevertretung eingezogen.

Der bisherige Vorsitzende, Herr Goldschmidt, begrüßte die neuen Vertreter. Herr Stein zog sein Rücktrittsgesuch wieder zurück. Weiterhin wurde bekanntgegeben, daß die Vertreter Hodess, Rosenfelder, Goldrei, Stein und Kestenbaum sich zu einer „Demokratischen und orthodoxen Fraktion“ zusammengeschlossen haben. Diese Gemeinschaft entbehrt nicht eines gewissen nach außen erscheinenden humoristischen Anstrichs, der sich in der geistigen Struktur ihrer Mitglieder offenbart. Wir erinnern bei dieser Gelegenheit nur an den Gegensatz Hodess-Stein in der Talmud-Thora-Frage, an die Selensprünge des Herrn Rosenfelder, die er sich zum Verdruß seiner jetzigen Fraktionskollegen des öfteren geleistet hat.

Zugleich begrüßte auch der Vorsitzende Herrn Dr. Otto Plaut, der an Stelle des Herrn Hugo Groß, der Leipzig verlassen hat, getreten ist.

Dann wird zur Neuwahl des Vorstandes geschnitten. Im Auftrage der Volkspartei erklärt Herr Dubiner aus Protest gegen den Paragraphen 15, der Ausländern Amtsausübungen in der Gemeinde nicht möglich macht, keinen Anteil an den Wahlen zu nehmen. Währenddessen übernimmt Herr Hodess den provisorischen Vorsitz und schließt sich den Liberalen bei Bemängelung des volksparteiischen Protestes an. Von liberaler Seite wird darauf hingewiesen, daß die Ausschaltung von Ausländern in kirchengemeindlichen Funktionen staatsrechtlich sei, also nicht dem bloßen Willen der Liberalen entspreche. Selinger lehnt gleichfalls Beteiligung an den Wahlen aus dem gleichen Grunde wie die Volkspartei ab, wobei er bemerkt, daß der Paragraph 15 annulliert werden könnte, da er sowieso nur auf Vorschlag der Gemeindesitzung seine jetzige rechtliche Basis gefunden hätte. Dr. Goldschmidt bestätigt, daß dieser Paragraph nur auf Grund eines Kompromisses zustande gekommen sei. Er warnt die Volkspartei und Poale Zion die neue Taktik, die Verantwortung abzulehnen, anzuwenden.

Bemerkenswert für die erste Tat der „neuen Fraktion“ ist die Erklärung ihres Stimmführers Stein, daß dieselbe sich an der Wahl beteiligen werde. So also verwirklichen die Orthodoxen ihre Opposition gegen die Methoden der Liberalen!

Selinger betont ausdrücklich, daß mit diesem Protest nicht die Person des Gemeindevorstehers, sondern das Wahlsystem gemeint sei.

Der Vorschlag der liberalen Fraktion um Wiederwahl des bisherigen Vorsitzenden Carl Goldschmidt findet mit 22 Stimmen gegen 6 Stimmenthaltungen Annahme. Herr Goldschmidt nimmt mit Erklärung des Dankes für das ihm erwiesene Vertrauen die Wiederwahl an. Herr Tumpowski begrüßt den Vorsitzenden und richtet an ihn den Wunsch daran

mitzuwirken, daß bis zur nächsten Wahlperiode eine Befriedigung eingetreten sei. Er knüpft die Bemerkung an, daß der Wahlerfolg der Liberalen ein Pyrrhussieg sei. Es sei nicht rühmend, auf der Basis einer Minorität das Recht einer Majorität zu stützen. Er appelliert weiterhin an den Gerechtigkeitssinn der Liberalen das Unrecht zu beseitigen.

In die Kaschruskommission wird Goldrei mit 23 Stimmen, als Vorsitzender der Verordneten wird Justizrat Dr. Loewenstein mit 26 Stimmen und zum stellvertretenden Vorsitzenden wird Rosenfelder mit gleichfalls 26 Stimmen gewählt. Durch Zuruf findet die Wiederwahl Hugo Kaufmanns zum Schriftführer statt. Auf Frau Dr. Schindler fällt die Wahl des stellvertretenden Schriftführers.

Herr Joske wünscht sodann auf Grund der Ausführungen Selingers, Nachtrag im Protokoll, der die Angelegenheit des Paragraphen 15 richtigstellen soll. Es findet darüber erneut eine Aussprache statt. Dr. Goldschmidt gibt hierzu eine Berichtigung, die die Notwendigkeit des deutschen Charakters der Gemeinde bestätigen soll. Tumpowski weist demgegenüber auf das Gutachten Justizrat Leberchts hin, das die Regierung sogar als „zu weitgehend“ bezeichnet habe. Somit seien auch die Einwände von liberaler Seite nicht den Anschauungen der Regierung entsprechend. Man konstruiere hier Schreckgespenste, die in jüdischen Gemeinden anderer deutscher Städte nicht zu finden sind. Unsere Gemeinde maße sich das Recht an, päpstlicher wie der Papst zu sein. Im ähnlichen Sinne äußern sich Selinger und Dubiner. Dr. Goldschmidt bemerkt hierzu, daß für die Liberalen kein Anlaß vorliege sich mit dem Entwurf Leberchts zu identifizieren. Ueber diese Frage habe hier noch keine Aussprache stattgefunden.

Nach dieser Diskussion findet die Wiederwahl der bisherigen Stellvertretung des Gemeindevorstehers statt.

Zur Wahl des Aeltestenausschusses werden verschiedene Vorschläge eingebracht. Die Volkspartei schlägt 4 Liberale, 2 Volksparteiler, 2 Demokraten-Orthodoxe und 1 Poale Zion im Aeltestenausschuß einzuräumen, da diese Partei bei regulären Wahlen 5 Mandate besitzen würde und somit Anspruch auf diesen Sitz hat. Nach einer Besprechungspause wird die Wahl, ohne Berücksichtigung des Wunsches der Volkspartei und Poale Zion, durchgeführt. In den Aeltestenausschuß wurden 5 Liberale (Dr. Goldschmidt, Gutmann, Löwenstein, Pelz, Kaufmann), 2 Volksparteiler (Tumpowski, Dubiner) und 2 Demokraten-Orthodoxe (Stein, Rosenfelder) gewählt.

Zum Schlusse gibt Herr Tumpowski eine Erklärung ab, die sich nochmals an die Liberalen wendet, eine Erweiterung des Wahlrechtes herbeizuführen. In den ihm nahestehenden Kreisen herrsche Mißstimmung, die zu einer Nichtbeteiligung am Gemeindegeld führen könne. Diese würde doch sicherlich nicht im Interesse der Liberalen und unserer Gemeinde selbst liegen.

Am Sonntag, dem 12. Januar 1930, nachmittags 4 Uhr

veranstaltet die jüdische Jugend Leipzigs im großen Saal des Central-Theaters, Eingang Gottschedstraße, einen

TEE-NACHMITTAG

und bittet alle diejenigen, die ein Interesse an der Entwicklung der jüdischen Jugend Leipzigs haben, zu dieser Veranstaltung zu erscheinen.

Bund Jüdischer Pfadfinder, Kadimah; Jüdischer Turn- und Sportverein Bar Kochba; Jung-Jüdischer Club; Jung-Jüdischer Wanderbund; Zeire Misrachi

Leipziger Umschau

Reichsbund jüd. Frontsoldaten, Ortsgruppe Leipzig
Geschäftsstelle: Dr. Alfred Jacoby, Peterstraße 22.
Fernsprecher 702 51. Postscheckkonto 9639.

Mitgliederversammlung am Montag, dem 13. Januar 1930, 20 Uhr, im neuen Vereinslokal Hotel Königsberg, Georgiring 1.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Lehrers Oskar Pflugk, Gauvorsitzender des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold: Schwarzrotgold in der deutschen Geschichte; 2. Aussprache hierzu; 3. Der Volksbund für Kriegsgräberfürsorge und wir; 4. Verschiedenes. — Hierzu bittet um zahlreiches Erscheinen Der Vorstand.

Jüdischer Studentenverein Leipzig, Moritzstr. 23

Seit dem 1. Januar 1930 untersteht unsere Mensa academica judaica dem Protektorat unseres Ehrenmitgliedes, des Herrn Nussenow. Dank seiner Unterstützung ist es uns möglich geworden, unseren Mittagstisch ohne Preisaufschlag ganz erheblich zu verbessern. Das Essen ist nicht nur quantitativ fast verdoppelt, sondern gleichzeitig auch qualitativ wesentlich verbessert. Ein streng rituell zubereitetes reichhaltiges und nahrhaftes Essen kostet nur 70 Pf. für Mitglieder und 75 Pf. für Nichtmitglieder. Die Ausgabe des Essens findet in unseren Vereinsräumen täglich von 13 bis 14.30 Uhr statt. Der Vorstand.

Jüd. sozialdemokratische Arbeiter-Organisation „Poale Zion“, Ortsgruppe Leipzig

Freitag, den 10. Januar, 20 Uhr, Mitgliederversammlung. Bericht über die stattgefundenen Landeskonferenzen der „Poale Zion“. — Erscheinen ist Pflicht! — Gäste willkommen!
Mittwoch, den 15. Januar, 20 Uhr, spricht Chaw. Jaskel aus Tel-Awiv. Thema: Die Lage in Palästina. — Sämtliche Veranstaltungen finden im Borochohheim, Eberhardstr. 13, statt.

Keren Kajemeth Lej Israel (Jüd. Nationalfonds) e. V., Leipzig, Kellstraße 4,

Telephon: 102 11, Postscheckkonto: 533 41

Eltingen-Halm: N. Silberweit 100.—, Hebräische Schule „Techin“ 6.— (Teilausweis). — **M. Scharfstein:** Goldene Buch-Eintragung: Dr. Erhard 10.—, Dr. Moritz Mordechai und Agnes Chamizer-Halm: Dr. E. Chamizer und Frau wünschen Herrn Generalkonsul Henoch, Berlin, gute Besetzung 6.—. — **Leipziger Halm Ludwig Halberstam** gratuliert Herrn B. Chasin zur Genesung 6.—. — **Abraham Bromberg:** Garten: Firma Abraham Bromberg gratuliert Herrn Siegfried Sachs zur Geschäftseröffnung 18.—. — **Spendem:** A. Gottlieb, D. Bialostotzky je 10.—, Josef Zucker 10.—, Büchsen G. Lewitt 11.73. — **Im-Taschen:** Jascha Katzmann 2.07. — **Telegramme:** 2 Telegramme 2.—.

Berichtigung: Zur Goldenen Buch-Eintragung M. Scharfstein muß noch ergänzt werden, daß die Gelder durch Frä. Bella Gildingorin gesammelt sind, ferner fehlte irrtümlicherweise im

Ski

SPORT



Eberhard
LEIPZIG
Universitätsstraße 18/20

Ausweis die Summenangabe bei Kleinmann, Belgien, S. Marcus, Bregmann, M. Weinrauch, Löwenkopf, Katz, H. Brecher, A. Frenkel, Ing. Simche, Benno Sender, Sender & Co., Jehuda Schmidt, je 5 Mark.

Kritik der Woche

„Habima“-Gastspiel: „Dybuk“

Die Aufführung des „Dybuk“ im Alten Theater war ein gewaltiges Erlebnis für alle Zuschauer. Das Spiel des Frä. Rowina war von einer rührenden Innigkeit und riß das Publikum durch ihre gewaltige, echte Kunst mit sich fort. Auch das übrige Ensemble zeichnete sich durch hervorragendes Spiel aus. Es war ein unbestrittener Erfolg. Mit einer Wiederholung hat „Habima“ am dritten Abend ihre Kunst zu einer größeren Bewunderung gebracht und ihr Gastspiel beendet. Wir hoffen, sie bald in Leipzig wiederzusehen und uns nochmals angenehme Stunden zu verschaffen. E. P.

Sport

Jüd. Sportklub Bar Kochba, e. V.

Fußballabteilung
Wertes Mitglied! Wir laden Sie zu der am Montag, dem 13. Januar, 20 Uhr, im Jüdischen Jugendheim, Leipzig C 1, Humboldtstr. 15, stattfindenden **Abteilungsversammlung** ein. Tagesordnung: 1. Anwesenheitsliste; 2. Neuwahl des Abteilungsleiters; 3. Neuwahl des Jugendausschusses; 4. Neu-

wahl des Schiedsrichterausschusses; 5. Verschiedenes. — In Anbetracht der für unsere Abteilung überaus wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen aller Mitglieder Pflicht und äußerst wichtig. Mit Sportgruß! Jüd. SV. Bar Kochba, Leipzig, Fußballabteilung.

Personenstands Nachrichten

Geburten. 13. Dezember 1929 Hirsch Merkin und Rebecka geb. Josseliowsky, Gottschedstraße 9, einen Sohn „Jakob Josef“. 16. Dezember 1929 Jacob Schuffheim und Nicha geb. Eisenthal, Simsonstr. 8, einen Sohn „Michael“.
Trauungen. Dienstag, 14. Januar, 15 Uhr, Fräulein Käthe Neschling, Nürnberger Str. 37, mit Herrn Marcus Dienstfrey, Yorkstr. 8, in der Gemeindegemeinschaft. — Sonntag, 19. Januar, 15 Uhr, Fräulein Margit Reib, Kaiser-Friedrich-Straße 25, mit Herrn Hans Meyerstein, Berliner Straße 19, in der Gemeindegemeinschaft.
Todesfälle. 24. Dezember 1929 Emanuel Schlesinger, Kantstraße 26.

Gottesdienstlicher Anzeiger

Gemeindegemeinschaft

Sabbatgottesdienst: Freitag, 10. Januar, Abendgebet 16.30 Uhr; zweiter Freitagabend-Gottesdienst 19.30 Uhr mit Predigt (Rabbiner Cohn); Sonnabend, 11. Januar, Morgengebet 9 Uhr, Nachmittagsgebet 16.40 Uhr, anschließend Lehrvortrag (Rabbiner Cohn); Abendgebet 17.12 Uhr. Morgengottesdienst an Sonn- und bürgerlichen Feiertagen 8 Uhr, Wochentags 7.30 Uhr, Abendgottesdienst 16.30 Uhr.

Synagoge Ez-Chalm, Otto-Schill-Straße 4

Freitag, 10. Januar, Abendgebet 16.15 Uhr, nach dem Beten Schriftklärung von Rabb. Dr. Carlebach; Sonnabend, 11. Januar, Morgengebet 8.30 Uhr, Nachmittagsgebet 16 Uhr, Ausgang 17.12 Uhr. Wochentags früh: 7.30 Uhr; abends: 16.15 Uhr.

Talmud-Thora-Synagoge, Kellstr. 4

Freitag abend 16.15 Uhr; Sonnabend früh 8.30 Uhr; Mincha 16 Uhr; Ausgang 17.11 Uhr. Wochentags früh 7.15 Uhr; Mincha 16.15 Uhr.

Synagoge „Obel Jakob“, Pfaffenordner Str. 4

Freitag abend 16.30 Uhr; Sonnabend früh 8.50 Uhr; Mincha 16 Uhr; Ausgang 17.11 Uhr. Wochentags früh 7.30 Uhr; Mincha 16.30 Uhr.

Gottesdienst in der Synagoge Chemnitz

Freitag 18 Uhr Gottesdienst. Sonnabend 9 Uhr Gottesdienst und Thora-Vorlesung, Sabbat-Schluss 17.14 Uhr. — Täglicher Gottesdienst morgens: Sonntag 8.30 Uhr, Montag bis Freitag 8 Uhr; abends: 16.45 Uhr.

Verantwortlich für die Redaktion und Verlag: Jakob Flaschmann, Leipzig, Berliner Straße 56. — Druck: Peuvag, Filiale Leipzig C 1, Czermaks Garten.

Friedr. Wilhelm Krause

Ruf 16100, 20039 G. m. b. H. Katharinenstraße 6

empfiehlt

Gemüse- und Obst-Konserven

aus allerersten Fabriken besonders preiswert

Heinrich Schneider, Hofjuwelier

Leipzig, Markt, Rathaus

Silberne Bestecke

Prof. Glaeser'sche Handelsschule

Gegründet 1874 — Dittirichring 18/18a

Schmidt's Handelsschule

Gegründet 1894 — Dittirichring 18/18a

Die Schüler und Schülerinnen sind vom Besuch der Berufs- und Fortbildungsschule befreit.

I. Abteilung für Knaben: a) dreijährige Lehrlingsabteilung; b) zweijährige Handelsvorschule.

II. Abteilung für Mädchen: a) dreijährige Lehrlingsabteilung; b) zweijährige Handelsvorschule.

III. Lehrgänge f. Erwachsene: Handelswissenschaftliche Tages- und Abendlehrgänge für Damen und Herren.

Auskunft frei durch die
Direktion Leipzig, Dittirichring 18 II, Fernsprecher 13458.

Inventur-Plakate Schilder aller Art

H. Klasing, Leipzig C 1

Waldstr. 2 / Fernruf 257 58

Spezialität: Mess- und Ausstellungsmalerei, Reklamelaternen, Transparente

Albert Pickardt

Leipzig C 1, Nordstr. 30
Fernsprecher 282 67

Bürsten- und Pinselwaren



Berücksichtigt bei Einkäufen unsere Inserenten



Dürkopp- und Adler-NÄHMASCHINEN für Hausgebrauch

„Wakra“-Pelznähmaschinen für Fuß- und Kraftbetrieb

P. METH / LEIPZIG C 1

Frankfurter Str. 22, Tel. 10445
Tüchtige Vertreter werden gesucht

Ausscheiden! Ausscheiden!
Silberputzlücher oder Putzhandschuhe
Nur berühmte imprägnierte Original Leonhardt's Marke Godesburg Rh., bei Küchengeräte, Jew. und Drogen verlangen oder Bezugsquellen: Firma Leonhardt, Godesberg, anfragen



Peterstr. 20 — Ruf 130 08

Sonntag Einlaß: 3.30
Jeweiliger Beginn:
400 615 825

Ganz Leipzig singt und spielt

die neuen Tanzschlager aus unserem erfolgreichen Tonfilm

Die Nacht gehört uns

Eine moderne Jagd nach Liebe, Glück und Ruhm im 150-Kilometer-Tempo
Der Herzensroman der Rennfahrerin Bettina Bang

Hauptrollen: **Hans Albers, Charlotte Ander, Otto Walburg, Ida Wüst**

DIE HUPFELD-SOLO- U. ORCHESTER-ORGEL

Sigfried Bornstein Else Bornstein

geb. Süßmann

geben hierdurch ihre Vermählung bekannt

Leipzig, den 9. Januar 1930

Wie man eine Beteiligung oder einen Teilhaber suchen soll und findet, darüber erhalten seriöse Interessenten Auskunft unter
H. Z. 8131
durch Rudolf Mosse, Hamburg 1.

WOC

Anzeigen... Textzeile 60... Vorzeigung... Anzeigen werben... von auswärts... unter Allg... der Anzeigen... kann keine C... Zuständigkeit

BE
KC
unter
im Laden
Ernst P...

Ch

Internat
Prag, P r
der Lande
mens ver
scher Kün
langen W
20. Jahr
der Zusam
Außer Ma
gestellt.

Der bis
Prag, Lew
verrichtet
Die tsche
tischen Q
daß auch
in Prag, t
Vereinig
im diplom
sönlichkeit

Sokol
meinde.
heit Nahu
Jüdische
Mitglieder
Rabbi Pe
meinde
stein und
Oberst F
gold hiel
Sokolow

Nahun
sehen R
einhalb
der Zion
vom Prä
ciki emp
lichen C
lauf des
Zionism
heiten d
Präsid
Zionism
stische
mächten
Stunde.